Nr. 5 – November 2008 | 2 Euro

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Weltwirtschaftskrise und weltweite Rüstung

In diesem Heft:

60 Jahre NATO – Kein Grund zum Feiern

Pro & Contra zum Berliner „Skandal-Plakat"

Bundeswehreinsatz im Innern – vorerst nicht

INHALT

TITEL

4 Winfried Wolf über Weltwirtschaftskrise und weltweite Rüstung

ANTIMILITARISMUS

8 Frank Brendle über die – vorläufig – gescheiterten Pläne zum Bundeswehreinsatz im Innern

10 Im nächsten Jahr will die Nato den 60. Jahrestag ihrer Gründung begehen – kein Grund zum Feiern, meint Tobias Pflüger

16 Streit um das Berliner Plakat „Schritt zur Abrüstung“ – ein Pro & Contra mit Beiträgen von Harald Schulze und Kathrin Vogler

18 Monty Schädel über den Versuch der hessischen CDU, mit Hilfe des Berliner Plakats DIE LINKE zu diskreditieren

FRIEDENSARBEIT

12 „Atomwaffen in die Tonne kehren“ forderten bei den größten Aktionen gegen Atomwaffen in Deutschland Tausende im rheinland-pfälzischen Büchel – Udo Paulus und Roland Blach berichten

13 Hermann Theisen über eine Petition, mit der der Bundestag aufgefordert wird, sich für den Abzug der US-Atomwaffen in Deutschland einzusetzen

14 Mit zwei Demonstrationen in Berlin und Stuttgart forderte die Friedensbewegung den Abzug der Truppen aus Afghanistan

15 Liste der Bundestagsabgeordneten, die am 16. Oktober gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan gestimmt oder die sich enthalten haben

DFG-VK-INTERN

19 Auf der DFG-VK-Homepage wurde ein Diskussionsforum für Mitglieder eingerichtet – Monty Schädel beschreibt, wie das Forum funktioniert

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27298231, Telefax 27298232, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Rykestraße 13, 10405 Berlin, Telefon 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-61074411, Telefax 030-61074410, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-59649 61, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Postfach 12 08, 17182 Waren/Müritz, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 01212-5719460 95, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-60 03 45, Telefax 0711-640 3394

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34, Telefax 0711-320 28 33

ISSN
1614-1954

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18 05 82 85, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
„Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (in einer Teilauflage); Petition für ein atomwaffenfreies Deutschland (in der Gesamtauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 27. Oktober. Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember, Redaktionsschluss ist der 21. November.

Die ZivilCourage wird auf 100 %-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

WEHRPFLICHT

Die große Lotterie

Die Wehrpflicht ist zu einer großen Lotterie, zur reinen Willkür geworden. Zu diesem Ergebnis kommt Ralf Siemens, Vorstandsmitglied der Zentralstelle KDV, in einer Auswertung der von der Bundesrgeierung veröffentlichten Zahlen zu Jahrgangsgrößen, Musterungen und Einberufungen. Danach wird gegenwärtig „noch jeder Siebente“ zum Militärdienst einberufen. „Dank der geburtenschwächeren Jahrgänge wird es zukünftig statistisch jeden Sechsten treffen.“ Die Hauptlast der „allgemeinen Wehrpflicht“ trügen die Kriegsdienstverweigerer, die aber mit dem Zivildienst lediglich einen Ersatz zu leisten haben. Siemens kommt zum Ergebnis: „Aber selbst beide Säulen der Wehrpflichterfüllung zusammen genommen werden deutlich weniger als die Hälfte eines Jahrgangs dienen müssen.“ Veröffentlicht ist die umfangreiche Auswertung in der aktuellen Ausgabe von *Forum Pazifismus.*

FRIEDENSBEWEGUNG

Menschenkette-Jubiläum

Vor 25 Jahren fanden die größten Protestaktionen der Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik statt, viele hundertausend Menschen wandten sich gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenrakten in Deutschland. Ein herausragendes Ereignis dabei war die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm über 108 Kilometer am 22. Oktober 1983. Aus Anlass des Jubiläums führte der DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, der die Menschenkette damals initiiert und maßgeblich vorbereitet hatte, in Ulm und Stuttgart Veranstaltungen durch. Die Strecke der damaligen Menschenkette wurde bei einer Radtour mit einer Gruppe von 20 FahrerInnen an einem Tag befahren. Die mit Pace- und DFG-VK-Fahnen geschmückten Fahrräder warben auch für die Aktualität des seit 30 Jahren bestehenden pazifistischen Slogans „Frieden schaffen ohne Waffen“.

DESERTEURE

Denkmal in Bremen geplant

Am Antikriegstag, dem 1. September, stellte die DFG-VK-Gruppe Bremen zusammen mit anderen Gruppen auf dem Bremer Marktplatz das Modell eines „Denkmals für den unbekannten Deserteur“ vor, das Joachim „Bommel“ Fischer, Künstler und DFG-VK-Mitglied, gestaltet hat. Es stellt ein großes Ausrufezeichen dar, auf dem eine Friedenstaube sitzt und an dem ein Soldatenhelm am sprichwörtlichen Nagel hängt. Vor dem aus Holz gefertigten etwa zwei Meter hohen Kunstobjekt liegt ein zerbrochenes Maschinengewehr. Nach der Präsentation auf dem Marktplatz, bei der auch der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann sprach, zogen die etwa 200 TeilnehmerInnen an der Aktion in die Bremer Wall-

anlagen. Dort soll nach dem Willen des Bremer Friedensforums ein festes Deserteur-Denkmal aufgestellt werden. Es würde ein Kontrast zum dort befindlichen Kriegsdenkmal sein, das dort 1935 für die „Gefallenen“ des Ersten Weltkriegs errichtet wurde. Mit seinen über 10.000 Namen gilt dieses als Ringmauer errichtete Namensdenkmal als größtes seiner Art in Deutschland. „Deserteure streuen Sand ins Getriebe von Kriegen“ sagte Fischer. „Deshalb ist ihre Verweigerung, an Kriegen teilzunehmen, also quasi den Helm an den Nagel zu hängen und ihr Gewehr zu zerbrechen, unbedingt unterstützenswert.“ Fischer wies darauf hin, dass der Schriftsteller Johann Gottfried Seume 1783 in Bremen desertiert sei. „Die Bremer Bevölkerung hat dem Flüchtenden damals geholfen“ erklärte Fischer. „So sollten auch wir heutzutage Deserteuren aus Kriegsgebieten helfen“. Der Bremer Bürgermeister Böhrnsen reagierte bisher nicht auf den Wunsch des Friedensforums.

EDITORIAL

Foto: Regine Lieberam

Liebe Leserin, lieber Leser,

wie im Spielcasino geht es auf dem globalisierten Finanzmarkt zu. Der Unterschied: Im echten Casino tragen die Spieler das Risiko selber. Wer verliert, hat Pech gehabt. Und wer betrügt, kommmt vor Gericht. Im Börsen-Casino wird mit dem Geld von anderen gezockt, der Einsatz sind die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen. Und: Wenn die Spielhölle einzustürzen droht, ziehen die Staaten neue Stützbalken ein und sponsern die Spieler mit Milliarden-Beträgen und -Bürgschaften. Geld, das zuvor angeblich für Bildung, Infrastruktur, Entwicklungshilfe nicht da war. Offensichtlich eine gigantische Lüge. Und Grund genug, wie Winnie Wolf, der Autor unserer Titelgeschichte meint, die kapitalistische Wirtschaftsweise grundsätzlich in Frage zu stellen.

Gewissermaßen im Schatten der Finanzkrise wurde im Bundestag die Verlängerung der Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr durchgewunken – dieses Mal gleich um 14 Monate, weil der Krieg aus dem Bundestagwahlkampf herausgehalten werden soll. Wir dokumentieren die Liste der Abgeordneten, die gegen die Verlängerung gestimmt oder sich enthalten haben. Alle anderen haben für den Krieg gestimmt. Ihnen sollte im Wahlkampf klar gemacht werden, dass sie gegen die Mehrheit der Bevölkerung stehen und dass der Krieg für viele WählerInnen eine Rolle bei der Stimmabgabe spielt.

Viel Aufregung hat das Plakat „Schritt zur Abrüstung“ verursacht, das vom „Büro für antimilitaristische Maßnahmen“ gemacht wurde, mit dem der berlin-brandenburgische DFG-VK-Landesverband eng zusammenarbeitet. Man hätte das Heft mit den vielen zustimmenden und ablehnenden Meinungsäußerungen dazu – auch aus der DFG-VK – füllen können; wir haben uns für ein Pro & Contra entschieden.

Stefan Philipp

Foto und Montage: Stefan Philipp

Weltwirtschaftskrise und weltweite Rüstung

Von Winfried Wolf

Seit Anfang September erleben wir das offene Aufbrechen einer Krise, die im Frühsommer letzten Jahres als Finanzkrise begann, die sich mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer neuen Weltwirtschaftskrise entwickeln und die sich als die schwerste Krise in der bisher 300-jährigen Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erweisen könnte. Wer davon ausgeht, dass damit der Kapitalismus im allgemeinen erschüttert oder die Dynamik von Kapitalismus und Kriegen im besonderen deutlich reduziert werden würde, könnte böse überrascht werden. Historisch folgte auf die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 bekanntlich eine völlig andere Entwicklung: weltweite Aufrüstung, Faschismus, die Konterrevolution in Spanien und der Zweite Weltkrieg. Auch knapp 80 Jahre später droht der offenen Krise eine beschleunigte Entdemokratisierung und eine Spirale von Gewalt, Rüstung und neuen Kriegen zu folgen.

Auch heute noch stößt man – auch in Teilen der Linken – auf ein verbreitetes Verständnis der Finanzmarktkrise als einer Angelegenheit der „fat cats", der im vorausgegangenen Blasen-Boom fett gemästeten Finanzwelt-Katzen, besser: der dicken Kater der Finanzaristokratie. Klar, welcher Durchschnittsbürger macht schon Geschäfte mit Bear Stearns, Morgan Stanley, mit den Lehman Brüdern oder mit der IKB? Doch das Amusement über das Leiden der Banker auf hohem Niveau ist dem einigermaßen nüchternen Normalo spätestens bei der Veröffentlichung der jüngsten Statistiken vergangen: In den USA stieg die offizielle Arbeitslosenquote zwischen März und August von 5,1 auf 6,1 Prozent (die reale liegt rund doppelt so hoch). Nach Einschätzung der meisten Experten steht das Land vor einer schweren Rezession.

In Deutschland musste die Bundesregierung Mitte Oktober eingestehen, dass sich die Wirtschaft spätestens seit diesem Herbst am Rande einer Rezession befindet und dass es 2009 im besten Fall ein Nullwachstum, wenn es nicht eine neue Wirtschaftskrise gibt. Vergleichbares gilt für die Europäische Union als Ganzes. EU-weit und in der BRD dürfte auf den – meist künstlich bewirkten – Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen ab Dezember ein deutlicher, möglicherweise sogar ein explosionsartiger Anstieg der Arbeitslosenzahlen folgen.

Die Finanzmarktkrise hat längst die reale Wirtschaft erreicht. An jedem Tag werden weltweit mehrere Zehntausend Arbeitsplätze vernichtet. Nach dem Zusammenbruch oder „technischem k.o." großer Banken und Versicherungen (Bear Stearns, Lehman Brothers, Indymac, Fannie Mae und Freddie Mac, AIG, Dexia, Fortis, IKB) droht auch ein Zusammenbruch großer Unternehmen. General Motors, der zweitgrößte Autokonzern der Welt und das neuntgrößte Unternehmen der Welt, und Ford, das dreizehntgrößte Unternehmen der Welt, sind ernsthaft vom Konkurs bedroht. Allein GM und Ford zählen eine halbe Million Beschäftigte.

Nein, das ist keine Krise der reichen Leute. Der Princeton-Ökonom Alan Krueger spricht und schreibt von einer „demokratischen Krise". Was zynisch klingt, hat einen wahren Kern: Die Krise trifft vor allem die große Mehrheit der Bevölkerung. Das gilt auch für diejenigen, die kein Vermögen haben, die keine Steuern zahlen, auch für Menschen ohne Konto und ohne Dach überm Kopf.

Beispiel USA: Im Mutterland des Kapitalismus – zugleich bis heute die Herzkammer der kapitalistischen Weltwirtschaft – basiert ein großer Teil der sozialen Fürsorge auf den Aktivitäten von Non-Profit-Organisationen. Diese finanzieren sich zu einem erheblichen Teil über Spenden, die sie wiederum vor allem von „der Wirtschaft" erhielten. Sebastian Moll berichtete in der „taz" am 4. Oktober ausführlich über die diesbezügliche Lage in New York City; hier nur drei Beispiele aus seiner Reportage:

„So hatte etwa die Non-Profit-Organisation Citymeals, die Mahlzeiten an die Armen der Stadt verteilte, jährlich 500.000 US-Dollar von Bear Stearns erhalten. Die Harlem Children's Zone, eine

Förderorganisation für Ghettokinder, hatte drei Millionen Dollar von Lehman Brothers bekommen ... Opportunies for a better Tomorrow, eine Organisation für benachteiligte Kinder und Erwachsene, hatte pro Jahr 75.000 Dollar von Lehman erhalten."

Beispiel EU und BRD: Einen solch brandgefährlichen Ersatz des Sozialstaats durch private karitative Organisationen, wie er die USA charakterisiert, gibt es in Deutschland noch nicht. Absehbar aber ist, dass die Krise der Realwirtschaft mit ihren sprunghaft rückläufigen Steuereinnahmen und mit dem erneuten Aufbau einer größeren öffentlichen Verschuldung in neue drastische Sparmaßnahmen im sozialen Bereich münden wird. Seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten gibt es im „sozialstaatlichen" Europa einen flächendeckenden Abbau des Sozialstaats und der Daseinsvorsorge. Im Gesundheitssektor. Im Verkehrsbereich. In der Kultur und bei den Bildungseinrichtungen. Die Krise und die konkrete Art und Weise, wie die Regierenden auf die Krise reagieren, müssen diese Tendenzen multiplizieren und intensivieren. Viele Kommunen haben sich selbst an spekulativen Geschäften wie „Cross Border Leasing", riskanten Geldanlagen etwa bei Lehman Brothers usw. beteiligt. Die kommunale Finanzkrise spitzt sich zu, zumal dann, wenn die Länder sich am neuen 500-Milliarden-Banken-Rettungsplan beteiligen müssen.

Bereits beim bisherigen Stand können drei erste Lehren aus der Finanzkrise und aus der beginnenden Weltwirtschaftskrise gezogen werden:

Erstens. In dieser Krise wird die Verlogenheit der Herrschenden dokumentiert, die uns jahrzehntelang sagten: „Für dies und das, für all den ‚Sozialklimbim' fehlt leider das Geld". All dies Geld ist nunmehr plötzlich in Hülle und Fülle und scheinbar unbegrenzt da – freilich für diejenigen, die ohnehin damit gesegnet sind und die nun vor einem selbst verschuldeten Absturz gerettet werden sollen.

Erinnern wir uns, dass Hartz IV mit dem Fehlen von ein paar Dutzend Milliarden Euro im Staatshaushalt begründet wurde. Rufen wir ins Gedächtnis, dass die Gewährung nicht zurück zu zahlender Stipendien anstelle von Bafög auf Kreditbasis ein paar Hundert Millionen Euro im Jahr kosten würde. Machen wir uns klar, dass ein paar Dutzend Milliarden US-Dollar ausreichen würden, um in den USA allen Menschen eine Standard-Krankenversicherung zu Gute kommen zu lassen, also auch den knapp 40 Millionen Personen, die derzeit keinerlei Krankenversicherung haben. Verdeutlichen wir uns, dass man mit einem Fonds von 50 bis 70 Milliarden Euro in Deutschland die allgemeine Reduktion der Arbeitszeit auf 28 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich reduzieren und damit gleichzeitig die Massenerwerbslosigkeit beseitigen könnte.

All diese Anforderungen zur Herstellung einer größeren sozialen Gerechtigkeit wurden in den letzten 15 Jahren abgelehnt mit dem Argument, es gebe „keine finanziellen Spielräume"; Geld sei nicht (mehr) vorhanden; man müsse sparen. Inzwischen erleben wir, dass ein Vielfaches dieser Summen plötzlich diesseits und jenseits des Atlantiks vorhanden ist, wenn es darum geht, nicht die sozial Schwachen abzusichern, sondern die materiell Starken zu füttern.

All das Geld war natürlich immer da. Der Klassencharakter der Gesellschaft zeigt sich auch darin, wann dieses Geld „nicht da" ist – und wann es im Überfluss auftaucht und wie und wo es dann eingesetzt wird. Eine vergleichbare Situation gab es übrigens 1992. Damals wurde unter Kanzler Kohl ein rigider Sparkurs – Rentenklau inklusive - proklamiert. Dann kam der Irak-Krieg. Quasi über Nacht erklärte sich die Bundesregierung bereit, diesen mit rund 20 Milliarden DM mit zu finanzieren.

Zweitens. Zwei Jahrzehnte lang wurde uns gepredigt: Im Rahmen der Globalisierung hätten die Nationalstaaten und die nationalen Regierungen ihre Macht verloren; es dominierten allein die Finanzmärkte. Es herrsche der Turbokapitalismus, der „Finanzmarkt getriebene Kapitalismus". Auch auf militärischem Gebiet sei nicht mehr der Nationalstaat entscheidend. Vielmehr gäbe es nun die Herrschaft der privaten oder konzerneigenen Armeen. Tatsächlich erleben wir in diesen Wochen das Gegenteil: Die Finanzmärkte kontrahieren und schrumpeln, der Staat zeigt seine Muskeln.

Die bürgerlichen Regierungen – seien es solche, die, wie in den USA, Frankreich oder Italien, von Konservativen gestellt werden, seien es solche wie die britische oder spanische, denen Sozialdemokraten vorstehen, sei es die deutsche Bundesregierung, die von einer großen Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten getragen wird – alle diese Regierungen kennen nur noch ein Credo: Der Staat springt rettend in die Bresche. Die Bosse der Banken und Versicherungen, die bisher Gift und Galle spuckten, wenn von staatlicher Regulierung die Rede war, die jede Form der Verstaatlichung zu Teufelszeug erklärten, diese Finanzhaie betteln nun – nach anfänglichem Zögern – darum, dass der Staat ihnen doch beistehe, ja, dass der Staat teilweise Anteile an ihren Instituten übernehme. Wobei letzteres meist mit dem Zusatz versehen ist, es mögen dann aber stimmrechtslose und zeitlich befristete Beteiligungen sein. Man will weiter schalten und walten nach eigenem privaten Gusto und den Staat dann wieder aus den Unternehmen komplimentieren, wenn die größten Risiken in öffentliches Eigentum übertragen wurden.

Es ist die US-Regierung, die Bear Stears, Fannie Mae und Freddie Mac und die weltweit größte Versicherung, AIG, rettete – bzw. die sich weigerte, den Lehman Brothers ebenfalls einen Rettungsring zuzuwerfen. Es war die deutsche Bundesregierung bzw. es waren Landesregierungen, die die deutschen Finanzinstitute IKB, SachsenLB, WestLB, BayernLB stützten und die Hypo Real Estate faktisch übernahmen.

Drittens. Seit Jahrzehnten wird uns gesagt „freedom and democracy", Freiheit und Demokratie, die Selbstbestimmung der Bevölkerung und die Freiheit des Kapitals, gingen Hand in Hand. Die aktuelle Krise der Finanzmärkte verdeutlicht jedoch, dass Entscheidungen, die Hunderte Millionen Menschen enorm belasten, von ein paar Dutzend Menschen gefällt werden. Immer wieder stellt sich dabei heraus, dass die Top-Banker dabei direkten Einfluss auf die Regierenden nehmen und diesen ihre „Rettungspläne" diktieren. Es herrscht die nackte Wirtschaftsdiktatur.

Fast alle Entscheidungen über die Pläne zur Stabilisierung der Finanzwelt werden in einem kleinen abgeschotteten Kreis von Personen mit engsten Beziehungen zum Finanzkapital gefällt. Die Parlamente bleiben entweder außen vor oder sie haben diese Pläne im Eilverfahren – im Fall des Bundestags in drei Tagen – durchzuwinken. Auch die Regierungen können die aktuellen Entscheidungen meist nur abnicken.

US-Präsident George W. Bush ist seit Mitte September weitgehend von der Bildfläche verschwunden. Wenn er sich denn äußert, dann in Form eines Rezitators: Ihm werden Texte vorgelegt, die er weitgehend tonlos – da unverstanden, weil an deren Zustandekommen unbe-

teiligt – wiedergibt. Das war nicht anders, als vor einem Jahr die SachsenLB über Nacht „gerettet“ und an die baden-württembergische LBBW notverkauft werden musste. Das Parlament in Dresden konnte den Deal, der mit Milliarden Euro Steuergeldern finanziert werden muss, nur abnicken. Der sächsische Regierungschef Milbradt gab den Rezitator.

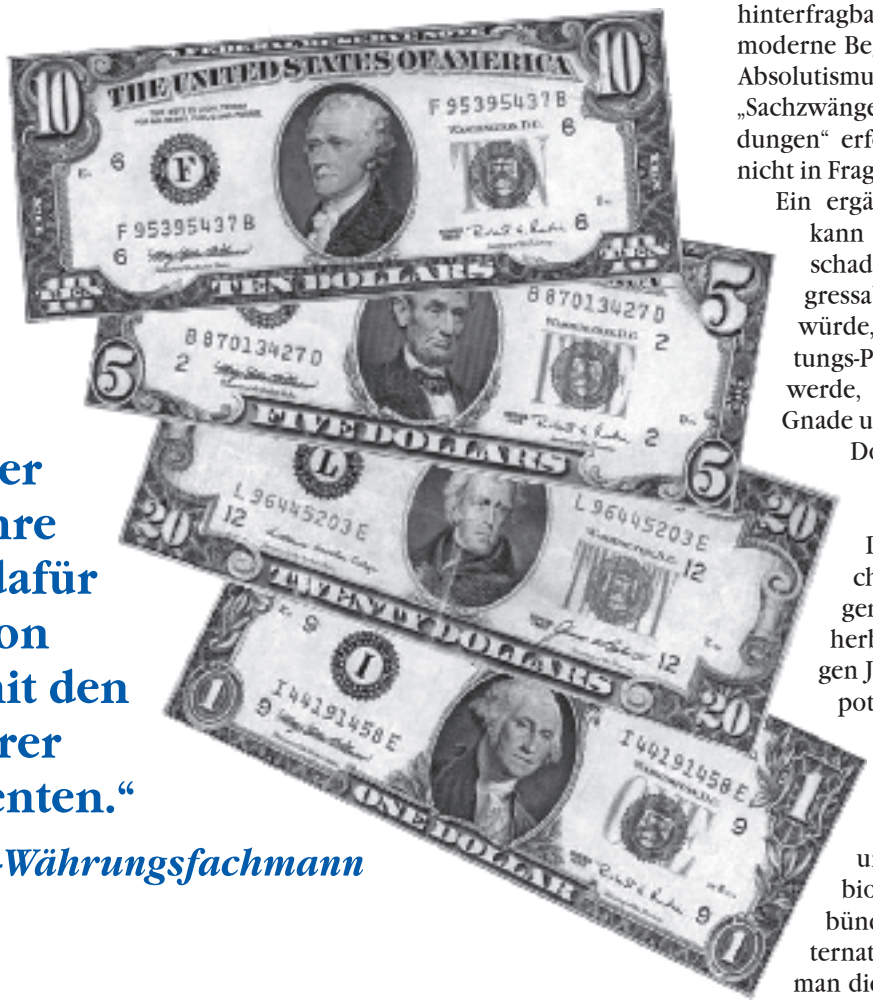
Und das ist nicht anders in diesen Tagen und Wochen: Hinter der Bundeskanzlerin als Rezitatorin steht ein kleiner Kreis von Bankern und Finanzleuten, die wiederum eng mit dem vernetzt sind, was hierzulande als „Hochfinanz“ bezeichnet wird. Die „Süddeutsche Zeitung“ spricht am 13. Oktober von einem sechsköpfigen „Komitee zur Rettung der deutschen Banken“, bestehend aus dem Bundesbank-Chef Axel Weber, dem Präsidenten der Finanzaufsicht Bafin, Jochen Sanio, dem Deutsche-Bank-Chef, Josef Ackermann, dem Finanzminister Peer Steinbrück mit seinem Staatssekretär Jörg Asmussen und dem Abteilungsleiter Wirtschaft im Kanzleramt, Jens Weidmann. Diese „Sechserbande“ erarbeitet seit Mitte September alle Krisenpläne. Dieser kleine Männerkreis entwickelte vor allem den 500-Milliarden-Euro-Plan, der, zu Wochenbeginn am 13. Oktober von der Kanzlerin vorgestellt, noch Ende derselben Woche von Bundestag und Bundesrat beschlossen und vom Bundespräsidenten mit Gesetzeskraft verkündet wurde. Noch nie in der deutschen Geschichte gab es eine derart weitreichende Finanzoperation zugunsten der Reichen, Besitzenden und Spekulierenden und noch nie in der Geschichte deutscher bürgerlicher Demokratie wurde ein derartig eingreifender Plan binnen einer Woche durch alle gesetzgebenden Instanzen gepeitscht.

Dieses strikt antidemokratische Grundverständnis ist derzeit weltweit zu beobachten. Es wird in „Section 8“ des US-amerikanischen 700-Milliarden-Dollar-Plans zur Rettung der US-Finanzinstitute besonders verdeutlicht; dieser Plan wurde im übrigen von Finanzminister Henry („Hank“) Paulson erarbeitet, einem Mann, der mehr als zwei Jahrzehnte führend für die größte US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs tätig war und hundertfacher Dollarmillionär ist. Danach können alle „Entscheidungen des Finanzministeriums in Verfolgung dieses Gesetzes (...) von keinem Gericht und von keiner Regierungsbehörde eingesehen oder angefochten werden.“ Das heißt, Entscheidungen über eine der größten Umverteilungsaktionen in der US-Geschichte, die zu einem drastischen Anstieg der US-Staatsschuld führen und mit der 300 Millionen Menschen auf Jahrzehnte belastet werden, werden von einer kleinen Gruppe von Menschen, die in enger Verbindung mit den Top-Finanzinstituten stehen, entschieden. Was dabei wer wie entschieden hat, soll von niemandem angefochten werden können. In den Worten des Ökonomen Nouriel Roubini von der New York University, der bereits 2006 den Finanzkrach vorhergesagt hatte: „Da sagt dieser Paulson: ‚Glaubt mir, ich werde alles richtig machen, wenn ich die absolute Kontrolle bekomme.‘ Aber wir leben doch nicht in einer Monarchie!“

Tatsächlich sind die Regierungsform und die Handlungsweise, die in der gegenwärtigen Krise vorherrschen, absolutistisch und autokratisch. In der Zeit des Absolutismus wurde die Macht der Alleinherrscher von Gott, einer nicht hinterfragbaren Instanz, abgeleitet. Die moderne Begründung für den aktuellen Absolutismus besteht in Verweisen auf „Sachzwänge“, die „schnelle Entscheidungen“ erforderten und die „objektiv nicht in Frage gestellt werden“ könnten.

Ein ergänzender Verweis auf Gott kann allerdings auch hier nicht schaden. Auf die Frage eines Kongressabgeordneten, was passieren würde, wenn Paulsons Banken-Rettungs-Plan im Parlament abgelehnt werde, antwortete Paulson: „Dann Gnade uns Gott!“

Doch die Dromokratie, die Herrschaft der Geschwindigkeit, als Gegensatz zur Demokratie, die auch ausreichend Zeit für Entscheidungen verlangt, ist eine bewusst herbeigeführte. Bis vor wenigen Jahren mussten weltweit Hypothekenkredite in den Büchern und Bilanzen der die Kredite vergebenden Institute bleiben; sie durften nicht weiterverkauft und schon gar nicht mit dubiosen anderen Papieren gebündelt und verschnürt und internationalisiert werden. Indem man diese Regulierung aufgab und



„Die Ausländer liefern uns ihre Waren, und dafür kriegen sie von uns Papier mit den Bildern unserer toten Präsidenten.“

Brad Setzer, US-Währungsfachmann

den Hypothekenmarkt umfassend deregulierte, schuf man erst das Diktat von Markt und Geschwindigkeit.

Historische „Ausblicke“ – Gefahr der Rechtsentwicklung: Dabei stehen wir erst am Anfang der Krise. Und damit auch erst am Anfang der sozialen Folgen derselben. Wenn der US-Finanzminister Henry Paulson vor der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, am 25. September auf die Knie fiel und bettelte, diese möge doch für eine Kongress-Mehrheit für den 700-Milliarden-Dollar-Plan sorgen, so lässt sich dies zunächst unter der Rubrik „gutes Amusement“ verbuchen. Die Demokratin Pelosi reagierte in diesem Fall auf den Republikaner Paulson mit dem Satz: „Ich wusste gar nicht, dass sie katholisch sind!“ Tatsächlich durfte dann der US-Kongress (er hatte in einer ersten Abstimmung den Paulson-Plan vor allem mit republikanischen Stimmen abgelehnt!), solange unter dem Druck der Märkte abstimmen, bis eine demokratisch-republikanische-Mehrheit erzwungen war.

Doch das Amusement hält sich in Grenzen. Denn es geht ja keineswegs nur ein US-Finanzminister in die Knie. „Das System wankt“ – mit dieser schlichten Zeile war der Leitartikel der „Börsen-Zeitung“ am 30. September überschrieben. O-Ton des vor allem von der „Hochfinanz“ gelesenen Kapitalblattes: „Noch ist das Finanzsystem zwar nicht gefallen. Doch es wankt. Und es droht, die Realwirtschaft zu erschüttern.“ In dem etwas breiter angelegten Großbürgerblatt „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fand sich am 4. Oktober ein Artikel, der das Ende der Ära Bush mit der Finanzmarktkrise in einem Zusammenhang sieht und weitreichende politische Konsequenzen, eine drohende allgemeine Rechtsentwicklung, beschreibt: „Der Entzug dieses Fluchtpunktes *(des „Urvertrauens in die demokratischen Garantien“; d. Verf.)* ist, wie man an Russland und China sieht, keineswegs das Ende des Kapitalismus. Es droht vielmehr die dauerhafte Spaltung und Regression von Demokratie und Kapitalismus.“

Der bereits zitierte Artikel in der „Börsen-Zeitung“ bringt auch gleich einen direkten Bezug auf die fatale deutsche Geschichte: „Denn – es hilft ja nichts, sich selbst und der Öffentlichkeit etwas vorzumachen – man ist geneigt, 1931 zu assoziieren: Liquiditätskrise der Danatbank, Run auf die Banken, Notregime für das Kreditgewerbe... politische und wirtschaftliche Destabilisierung.“

Das Aufbrechen der neuen weltweiten Krise findet vor dem Hintergrund von Aufrüstung und neuen Kriegen statt. Da gibt es weiter den Irak-Krieg, auch wenn er aktuell in der Öffentlichkeit kaum mehr beachtet wird. Für die Menschen in der Region wird er weiterhin als ein Krieg des Westens um die Kontrolle über die Rohstoffe in der Region des Mittleren und Nahen Ostens gesehen – und dies zu Recht. Da gibt es den Krieg in Afghanistan. So gut wie alle westlichen Regierungen und beide US-Präsidentschaftskandidaten plädieren dafür, diesen Krieg zu intensivieren. Inmitten der Debatten über die Eindämmung der neuen Finanz- und Weltwirtschaftskrise ließ die CDU/CSU-SPD-Regierung die Ausweitung des deutschen Militäreinsatzes am Hindukusch beschließen – obgleich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung diesen Einsatz ablehnen.

Eine Reihe einzelner Maßnahmen und Beschlüsse verdeutlichen die zunehmende Militarisierung der deutschen Politik. Da wurde in diesem Jahr erstmals das Gelöbnis deutscher Soldaten zum Sengen und Brennen vor dem Reichstagsgebäude abgenommen. Da trat inmitten der Krisenbekämpfungsdebatten, am 11. Oktober , der „Stiftungserlass“ zur Verleihung des neu gegründeten „Ehrenkreuzes der Bundeswehr für Tapferkeit“, sprich: das „Eiserne Kreuz Reloaded“, in Kraft.

Bezeichnend war schließlich, dass die große Koalition Anfang Oktober als eines ihrer nächsten Vorhaben beschloss, noch in dieser Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu schaffen *(vgl. den Beitrag von Frank Brendle in diesem Heft auf der folgenden Seite)*. Offiziell ist die Rede davon, dass die Bundeswehr im Fall von Katastrophen und „Terrorangriffen“ im Inneren eingesetzt werden darf. Kaum verhohlen wird bereits diskutiert, dass der entsprechende Gesetzes-Artikel und die damit verbundenen Grundgesetz-Änderungen auch großzügiger ausgelegt, dass dann die Bundeswehr bei „Großveranstaltungen“ und inneren Unruhen eingesetzt werden kann. Der Beschluss der großen Koalition erfolgte just zum Auftakt der neuen weltweiten Krise.

Dass der Plan wegen Bedenken aus der SPD-Fraktion zunächst aufgeschoben wurde, ändert nichts an den grundsätzlichen Absichten von CDU/CSU und SPD-Fraktionsspitze.

Wir erinnern daran: Es war die große Koalition der Jahre 1966 bis 1969, die die ersten gesetzlichen Grundlagen für einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren beschloss. Die damalige CDU/CSU-SPD-Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD) beschloss 1968/69 die „Notstandsgesetze“, die erstmals einen Bundeswehr-Einsatz im Inneren unter spezifischen Bedingungen erlaubten – womit ein allgemeiner Konsens der BRD aufgegeben wurde, wonach aufgrund der Erfahrungen mit dem Faschismus die Bundeswehr nie und nimmer im Inneren eingesetzt werden darf. Die damaligen Kommentatoren sahen Ende der 1960er Jahre in diesen Verfassungsänderungen eine Art regierungsamtliches Resumee der ersten westdeutschen Nachkriegsrezession, zu der es 1966/67 gekommen war. Auch hier gab es also einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Militarisierung – just so, wie er bei den aktuellen Vorhaben der Bundesregierung existiert.

Auch der Sparkurs, den die Bundesregierungen in jüngerer Zeit betrieben haben und den Finanzminister Steinbrück (der jetzt plötzlich die Spendierhosen anhat), personifiziert, steht in einem engen Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise und mit Rüstung und Militarisierung. Mit den unzähligen Kürzungsmaßnahmen und Sparhaushalten zu Lasten der Bevölkerung wurden gewaltige Beträge der öffentlichen Hand entzogen – u.a. durch „Steuerreformen“ und Steuersenkungen. Damit wurde die Massennachfrage reduziert, wodurch sich Krisentendenzen verschärften und Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Gleichzeitig blieben die gewaltigen „eingesparten“ Summen bei den großen Konzernen und Banken oder sie gelangten in spezifische Kapitalsammelstellen. Ein großer Teil dieser Gelder wurde dann in spekulative Geschäfte investiert – was zu den verschiedenen Spekulationsblasen und damit zum Ausgangspunkt der aktuellen Krise führte. Ein anderer Teil wanderte in den Rüstungssektor, dem er seit vielen Jahren Extraprofite beschert. Die wachsende Arbeitslosigkeit und die verbreitete Armut u.a. durch Hartz IV wiederum leisteten einen Beitrag dafür, dass sich immer mehr Menschen gegen entsprechende Bezahlung für Bundeswehrauslandseinsätze bereitfinden.

Ausgaben für Rüstung und für Banken-Rettung – drei Forderungen:

Die unvorstellbaren Summen, die aktuell für die Rettung der Banken ausgegeben werden sollen, lauten wie folgt: In den USA beträgt das Bankenrettungspaket rund 700 Milliarden US-Dollar, in Deutschland sind es rund 500 Milliarden Euro oder 675 Milliarden Dollar. Zusammen werden also allein in diesen zwei Ländern bis zu 1.400 Milliarden US-Dollar zu Rettung von Finanzinstituten ausgegeben. Diese unvorstellbaren Summen sollen den angeschlagenen Finanzinstituten weitgehend ohne Gegenleistung gewährt werden.

Die erste daraus resultierende Forderung muss lauten: In dem Maß, wie der Staat und wie die Steuerzahlenden der skrupellosen Finanzbranche unter die Arme greifen, müssen die entsprechenden Institute in direktes öffentliches Eigentum überführt werden. Nur so gibt es die Chance, dass eine Wiederholung des Desasters ausgeschlossen und eine wirksame Kontrolle im Finanzsektor erreicht werden kann.

Nun kann man die genannten Summen mit allerlei vergleichen; sie entspricht zum Beispiel rund acht Prozent des Bruttoinlandproduktes der beiden Länder. In unserem Zusammenhang drängt sich jedoch ein anderer Vergleich auf: Die Summe der Bankenrettungsprogramme entspricht auch – rein zufällig(?) – den Rüstungausgaben. 2007 wurden laut des schwedischen Forschungsinstituts Sipri weltweit 1.340 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben. Im aktuellen Krisenjahr soll der Betrag nochmals höher liegen. Konkretisiert nur auf Nordamerika (USA und Kanada) und Europa: In diesen zwei Regionen des Kapitalismus werden aktuell rund 1.500 Milliarden US-Dollar zur „Rettung der Banken“ investiert. In denselben Regionen werden 800 Milliarden US-Dollar oder gut halb so viel für Rüstung ausgegeben. Im ersten Fall handelt es sich um einen einmaligen Betrag. Im zweiten Fall jedoch um einen jährlich wiederkehrenden Betrag.

Unsere zweite Forderung muss lauten: Nicht die Steuerzahler dürfen zur Kasse gebeten werden. Notwendig ist eine Konversion der Rüstungsausgaben; die staatlichen Ausgaben für Krieg und Zerstörung müssen für ein Konjunkturprogramm der westlichen Industrieländer zum nachhaltigen Umbau der Wirtschaft umgemünzt werden. Damit wiederum könnte man den öffentlichen und demokratischen Einfluss in der gesamten Wirtschaft ausbauen.

Schließlich und drittens eine Forderung, die derzeit niemand stellt, die jedoch tagesaktuell ist: Die kapitalistische Wirtschaftsweise muss grundsätzlich in Frage gestellt werden. Ja, sie wird in diesen Wochen objektiv – durch die Ereignisse – in Frage gestellt. Derzeit ist immer wieder die Rede davon, dass „das Vertrauen gestört“ sei. In der Finanzwelt müsse „das Vertrauen wieder hergestellt“ werden. Das ist absurd, eine Argumentation wie im Tollhaus. Tatsächlich wird derzeit Tag für Tag das Vertrauen in eine Wirtschaftsweise zerstört, die nach den Gesetzmäßigkeiten eines Spielcasinos funktioniert und bei der die wenigen Spieler als Einsatz das Wohlergehen von Hunderten Millionen Menschen geben. Nun sollen mit den Banken-Rettungsprogrammen und mit dem Geld der Steuerzahlenden dieses System ein weiteres Mal gerettet und den Spielern gesagt werden: „Faites votre jeux – Auf ein weiteres Mal!“

Wann, wenn nicht jetzt, steht die Forderung auf der Tagesordnung: Ya basta – es reicht! Eine andere Welt ist möglich. Doch dafür ist eine grundsätzlich andere Ökonomie als die kapitalistische nötig!

Winfried Wolf ist Chefredakteur von Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie und Mitglied der DFG-VK. ZC

Lizenz zum Staatsstreich

Bundesregierung ist mit ihren Plänen für Schießbefehle vorübergehend gescheitert/Von Frank Brendle

Einen „ganz miesen“ Stil warf der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Gehb, der SPD-Bundestagsfraktion vor, und auch Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach war sauer: „Die Regierungspläne waren keine Verabredung zwischen Tür und Angel“, offenbar könnten sich die SPD-Regierungsmitglieder nicht auf ihre Fraktion verlassen.

Was war passiert? Die Bundeswehr darf bis auf weiteres doch nicht im Inland schießen. Anfang Oktober 2008 stellten Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) einen „Kompromiss“ zum Inlandseinsatz vor, den sie noch während der laufenden Legislaturperiode durchsetzen wollten. Doch Bundesländer und auch die SPD-Fraktion weigerten sich, die Einigung mitzutragen. Das Thema ist nun SPD-intern in einen Arbeitskreis verschoben worden, den Zypries und Fraktionschef Peter Struck leiten. „Bundeswehreinsatz im Inland“ könnte damit eines der zentralen Wahlkampfthemen werden.

Die geforderte Änderung des Grundgesetz-Artikels 35 bedeute „weder eine Militarisierung der Innenpolitik noch eine Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit Es geht nur um die Amtshilfe“, hatte Zypries am 9. Oktober in der „Frankfurter Rundschau“ behauptet.

Doch der Eindruck, es handele sich um eine harmlose Korrektur der Verfassung, die gar kein öffentliches Aufsehen verdiene, täuscht: Die Bundeswehr sollte ausdrücklich „militärische Mittel“ anwenden können (bislang darf sie im Inland nur solche Mittel einsetzen, wie sie auch die Polizei hat, also weder Kampfjets noch Panzer). Und das auch noch eigenmächtig, d.h. gegebenen gegen den Willen der Polizei bzw. gegen den Willen der betroffenen Bundesländer, und in „Eilfällen“, auf Weisung „des zuständigen Bundesministers.“

Als Anlass sollte „die Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalls“ genügen. Das ist eine extrem unscharfe Formulierung. Nach dem Willen der Grundgesetzgeber sollen Inlandseinsätze die absolute Ausnahme sein. Artikel 87a regelt: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Eine solch enge Begrenzung verträgt sich aber nicht mit einer Pauschalformulierung, wie sie im vorgeschlagenen Artikel 35,4 vorgesehen war. Im Sprachgebrauch der Bundesregierung (der vom Verfassungsgericht akzeptiert wurde), gelten auch Terroranschläge als „Unglücksfälle“.

Zunächst muss man fragen: Glaubt die Bundesregierung wirklich, mit der geforderten Neuformulierung ein vermeintliches Terrorflugzeug abschießen zu dürfen? Das Bundesverfassungsgericht hat einen solchen Abschuss zwar für denkbar erklärt, wenn man genau wüsste, dass entweder ausschließlich Terroristen an Bord sind oder die Maschine unbemannt ist. Das Gericht hat aber auch ausführlich darauf hingewiesen, dass genau diese Tatsachen im Regelfall nicht erwiesen sind. Vom Boden aus kann kaum festgestellt werden, was im Flugzeug wirklich passiert. Keiner weiß, was Entführer wirklich vorhaben – wollen sie ein Hochhaus rammen, oder wollen sie nur ins Ausland fliegen? Keiner weiß, ob wirklich alle Passagiere Terroristen sind. Diese „Irrtumswahrscheinlichkeit" schließt im Zweifelsfall den Abschussbefehl aus. Der Verband der Jetpiloten der Bundeswehr hat aus genau diesem Grund die Schäuble/Zypries-Formulierung als Mogelpackung bezeichnet, die keine Rechtssicherheit biete.

Grundsätzliche Fragen schließen sich an: Die Begründung des Gesetzentwurfs suggeriert, es gehe um „seltene Ausnahmefälle" und um „zielgerichtete Aggressionen gegen den Staat und seine Bevölkerung", also um Terrorangriffe. Doch wieso ist dann pauschal von „besonders schweren Unglücksfällen" die Rede und nicht konkret von der „Abwehr terroristischer Angriffe"? Und weiter: Wieso wird nicht eingeschränkt, dass es sich um einen „unmittelbar bevorstehenden" Angriff handeln muss? So, wie der Entwurf formuliert ist, ist praktisch keinerlei Begrenzung für das Aktivwerden der Bundeswehr vorgesehen, die wenigstens halbwegs dafür bürgen könnte, es ginge tatsächlich nur um „Ausnahmefälle".

Man erinnere sich an den Lokführerstreik: Damals wurde von konservativer Seite gegen die Streikenden gehetzt, weil sie angeblich schweren wirtschaftlichen Schaden anrichteten. Wer will ausschließen, dass dies eines Tages als „Aggression gegen den Staat" angesehen und die Bundeswehr auf den Plan rufen würde?

Ein Brocken, den die Länder nicht schlucken wollten, ist das Vorhaben, den Ländern die „Weisung" erteilen zu können, einen Militäreinsatz zu unterstützen. Und es kam noch dicker: Die Gesetzesbegründung stellte das Recht des Bundesrates, ein Ende der Militärmaßnahme zu fordern, in Frage. Zwar könne er das fordern, aber: „Verschärft sich nach einem Aufhebungsbeschluss des Bundesrates die Gefahrensituation, so kann die Bundesregierung erneut eine Anordnung" zum Bundeswehreinsatz treffen. Ping-pong. Damit es dabei keine „Sicherheitslücke" gibt, fordern Zypries/Schäuble, dass „im Eilfall" der jeweils zuständige Bundesminister die Bundeswehr auch ohne Rücksprache schießen lassen darf.

Was die Bundesregierung hier geritten hat, ist schwer nachvollziehbar, denn es war ja klar, dass sich die Länderregierungen diese Vorschrift nicht gefallen lassen würden. Die FDP signalisierte klare Ablehnung, aber auch den SPD-Innenministern von Sachsen-Anhalt und von Berlin gingen diese Pläne viel zu weit. Selbst Niedersachsens CDU-Innenminister Uwe Schünemann nannte ein Weisungsrecht des Bundes höflich „überflüssig". Eine Mehrheit im Bundesrat ist also ausgeschlossen – trotzdem versuchte die Regierung tagelang, an ihrem Entwurf festzuhalten.

Käme die Bundesregierung mit all diesen Forderungen durch, würde dies kaum weniger bedeuten als eine Lizenz zum Staatsstreich: Eine Generalklausel, die unter Verzicht auf konkrete Definitionen dem Militär ein Einsatzrecht verleiht und die verfassungsmäßigen Einschränkungen von Artikel 87a und der föderalen Ordnung außer Kraft setzt, wann immer die Bundesregierung irgendwelche „Aggressionen gegen den Staat" im Gange sieht. Davon, dass dieser Entwurf im Vergleich zu den Vorstellungen Schäubles, der gleich ganz und gar ein „Quasi-Kriegsrecht" im Innern fordert, ein geringeres Übel darstelle, kann kaum die Rede sein.

AntimilitaristInnen sollten sich nun aber nicht entspannt zurücklehnen. Der Entwurf der Bundesregierung enthält noch reichlich Verhandlungsspielraum, so dass der SPD-interne Arbeitskreis sich noch auf eine teilentschärfte Fassung einigen könnte, in dem beispielsweise auf das Weisungsrecht des Bundes verzichtet wird. Nach wie vor gilt: Auch die SPD ist dafür, der Bundeswehr das Inland als neue Operationsbasis zu öffnen. Strittig sind nur die Konditionen.

Im Wortlaut

(4) Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen. Soweit es dabei zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, kann die Bundesregierung den Landesregierungen Weisungen erteilen. Maßnahmen der Bundesregierung nach den Sätzen 1 und 2 sind jederzeit auf Verlangen des Bundesrates, im Übrigen unverzüglich nach Beseitigung der Gefahr aufzuheben.
(5) Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister. Die Entscheidung der Bundesregierung ist unverzüglich nachzuholen.

Foto: Claudia35/PIXELIO (M)

Frank Brendle ist ZivilCourage*-Redakteur und aktiv im Berliner Büro für antimilitaristische Maßnahmen sowie im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.*

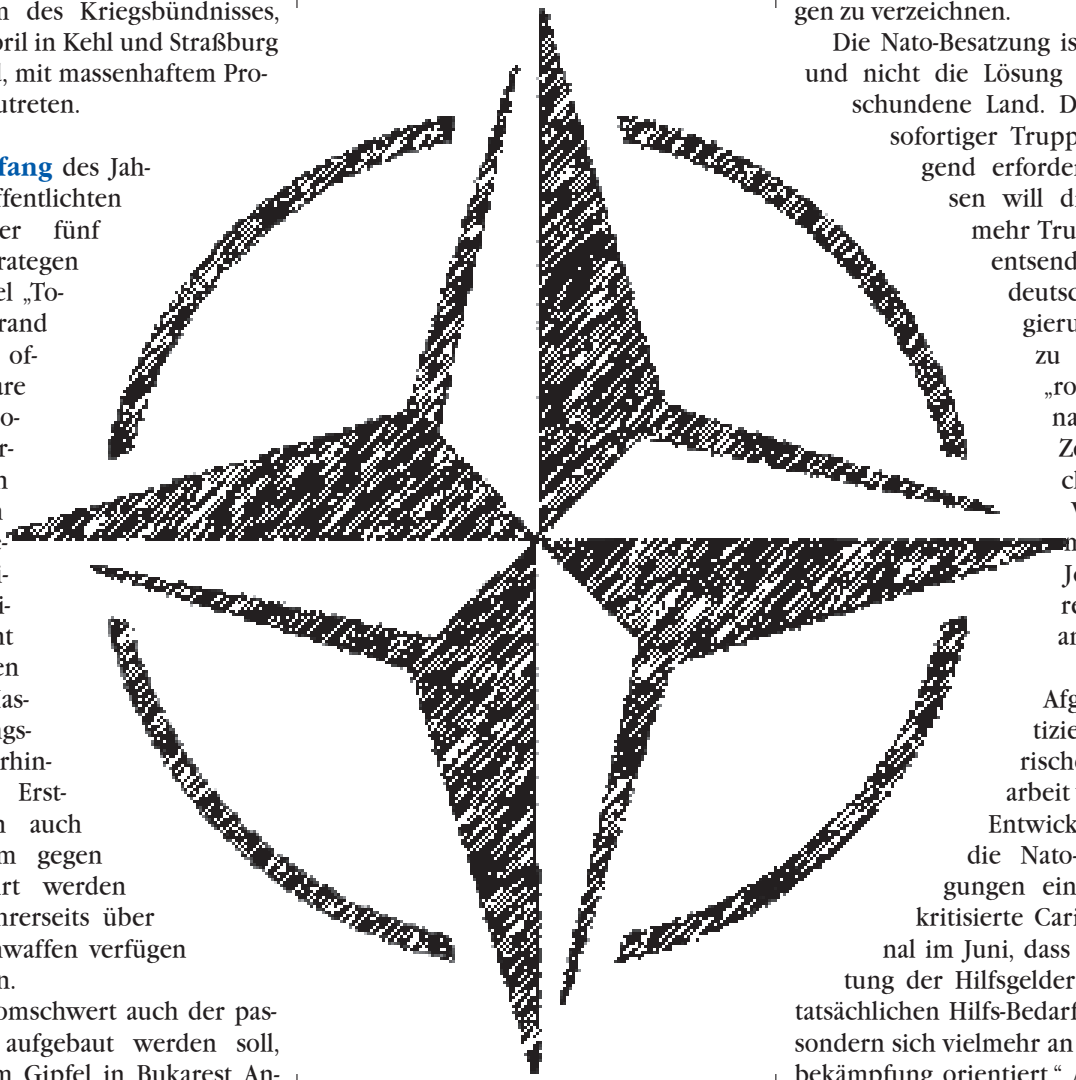
60 Jahre Nato sind genug!

Dem Kriegsbündnis mit breiten Massenprotesten entgegentreten!/Von Tobias Pflüger

Allen Kassandra-Rufen von ihrer bevorstehenden Auflösung zum Trotz entwickelt die Nato in den letzten Jahren eine beängstigend Kriegsdynamik. Das Bündnis rüstet sich auf breiter Front für künftige Kriege. Von einer atomaren Erstschlagstrategie über die Eskalation der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan und der Intensivierung der Nato-EU-Zusammenarbeit bis hin zur institutionellen Runderneuerung: Gründe gibt es genug, dem 60-jährigen Jubiläum des Kriegsbündnisses, das am 3./4. April in Kehl und Straßburg begangen wird, mit massenhaftem Protest entgegenzutreten.

In einem Anfang des Jahres veröffentlichten Grundsatzpapier fünf hoher Nato-Strategen unter dem Titel „Towards a new Grand Strategy“ wird offen der nukleare Erstschlag propagiert: „Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“ Solche Erstschläge sollen auch und vor allem gegen Staaten geführt werden können, die ihrerseits über keinerlei Atomwaffen verfügen – etwa dem Iran.

Da zum Atomschwert auch der passende Schild aufgebaut werden soll, wurde auf dem Gipfel in Bukarest Anfang April darüber hinaus beschlossen, die Planungen für den Aufbau eines flächendeckenden Nato-Raketenabwehrschildes zu intensivieren. Dieser Schild soll zusätzlich zu den ohnehin geplanten US-Einrichtungen in Polen und der Tschechischen Republik errichtet werden. Die Entscheidung hierfür basiert auf einer bis heute geheim gehaltenen Machbarkeitsstudie, mit deren Anfertigung die Nato ausgerechnet ein Konsortium verschiedener Rüstungsfirmen betraute. Die Rüstungskonzerne beziffern die Gesamtkosten auf etwa 20 Milliarden Euro, die der deutschen Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) geht sogar vom doppelten Betrag für dieses destabilisierende Projekt aus.



Der westliche Nato-Militäreinsatz in Afghanistan hat eine schreckliche Eskalationsspirale in Gang gesetzt. Seit die Nato-Truppe Isaf immer offensiver vorgeht, steigen parallel dazu die bewaffneten Auseinandersetzungen und die Todesopfer unter der afghanischen Bevölkerung dramatisch an.

Unter der militärischen Besatzung wurden marktliberale Wirtschaftsstrukturen aufgebaut, die gänzlich ungeeignet sind, die schreiende Armut in Afghanistan zu verringern. Laut UNDP hat sich die humanitäre Lage seit Beginn des Nato-Einsatzes sogar verschlechtert: 61 Prozent der Bevölkerung sind chronisch unterernährt, 68 Prozent verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser. Selbst was die Frauenrechte anbelangt, sind laut UNDP nur minimale Verbesserungen zu verzeichnen.

Die Nato-Besatzung ist das Problem und nicht die Lösung für dieses geschundene Land. Deshalb ist ein sofortiger Truppenabzug dringend erforderlich. Stattdessen will die Nato noch mehr Truppen ins Land entsenden. Auch die deutsche Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, „robustere Maßnahmen ins Zentrum rücken“, wie es Verteidigungsminister Franz-Josef Jung bereits im März ankündigte.

Über die in Afghanistan praktizierte zivil-militärische Zusammenarbeit wird selbst die Entwicklungshilfe in die Nato-Kriegsanstrengungen eingebunden. So kritisierte Caritas International im Juni, dass „die Ausschüttung der Hilfsgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert.“ Auf dem Bukarester Nato-Gipfel im April wurde beschlossen, einen – ebenfalls geheim gehaltenen – „Aktionsplan“ zu implementieren, mit dem die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung generell zum Operationsschwerpunkt aktueller und künftiger Nato-Missionen gemacht werden soll.

Schon kurz nach seiner Amtseinführung startete der frisch gewählte französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy eine regelrechte Charmeoffensive: Er kündigte an, sein Land werde nach über 40-jähriger Abwesenheit wieder voll in die integrierten militärischen Strukturen der Nato zurückkehren. Zwar arbeiten beide Organisationen schon heute Hand in Hand zusammen, etwa im Rahmen des Berlin-Plus-Abkommens, mit dem die EU für ihre Einsätze auf Nato-Ressourcen zurückgreifen kann. Frankreich, das bis zum Jahresende die EU-Ratspräsidentschaft innehat, will nun jedoch die Kooperation auf allen Ebenen weiter intensivieren. Hierfür schlägt die Stiftung Wissenschaft und Politik eine stärkere institutionellen Verzahnung beider Organisationen vor, indem eine „zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit in der Nato" aufgebaut wird, mit der „die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der Nato an einem Ort koordiniert würden. [...] Unter dem Stichwort ‚Berlin Plus Reversed' könnte der Nato die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen."

Pünktlich zum 60-jährigen Jubiläum im nächsten Jahr will die Nato ein neues strategisches Konzept verabschieden oder zumindest auf den Weg bringen.

Das erwähnte Grundlagendokument „Towards a New Grand Strategy" schlägt hierfür eine Reihe von Maßnahmen vor, u.a. dass ein UN-Mandat für künftige Nato-Kriege nicht mehr erforderlich sein soll. Besonders hervorstechend ist auch die Forderung, dass die Allianz künftig „das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des Nato-Rates aufgibt und auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführt." Weiter wird dort propagiert, Ländern, die sich nicht an einer Mission beteiligen wollen, künftig jegliche Mitspracherechte aberzukennen – nur wer mitkämpft, soll auch mitbestimmen: „Es oblag schon immer den einzelnen Staaten, welche Kapazitäten und Truppen sie beitragen wollen. Aber Länder, die keine Truppen beitragen, sollten auch kein Mitspracherecht hinsichtlich militärischer Operationen erhalten. Aus diesem Grund schlagen wir [...] vor, dass nur die Staaten, die zu einer Mission beitragen - das bedeutet militärische Kräfte in einer Militäroperation - ein Mitspracherecht bezüglich dieser Operation erhalten."

Inwieweit diese und andere Forderungen in ein neues strategisches Konzept übernommen werden, ist gegenwärtig noch unklar, sie dürften aber in der anstehenden Debatte eine wichtige Rolle spielen.

Die Nato wird – voraussichtlich – am 3./4. April in Strassburg und Kehl ihr 60-jähriges Bestehen feiern. Das ist auch eine Einladung an uns, die Friedens- und Antikriegsbewegung. Die Nato steht für militärische Durchsetzung westlicher Interessen, sie ist und wird immer mehr ein Kriegsführungsbündnis. Wir sollten eine Kampagne zur Delegitimierung der Nato starten, sie ist überflüssig und muss aufgelöst werden. Höhepunkt der Kampagne könnten dann internationale Proteste gegen den Jubiläums-Gipfel in Straßburg und Kehl sein.

Tobias Pflüger ist DFG-VK-Mitglied und Mitglied des Europäischen Parlaments. ZC

Kostenloses Probeexemplar anfordern

www.forum-pazifismus.de

Atomwaffen in die Mülltonne

Erfolgreiche Antikriegsaktion in Büchel/Von Udo Paulus und Roland Blach

Mehrere tausend KriegsgegnerInnen folgten am 30. August dem Aufruf des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!“, um in der Nähe des Eifelortes Büchel vor dem Haupttor des Atomwaffenlagers den unverzüglichen Abzug der dort noch lagernden 20 Atomsprengköpfe zu fordern. Die DemonstrantInnen, die auf einer 16-Kilometer-Strecke in einem langen Zug das Atomwaffengelände umrundeten, stehen für den bewussten Teil der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung (in einer aktuellen Forsa-Umfrage 84 Prozent), die sich für den Abzug der Atomwaffen ausspricht. Immer noch beteiligt sich Deutschland an der Einsatzplanung der Atomwaffen in der Nato, stellt die Bundeswehr eigene Flugzeuge und Piloten für den Einsatz von Atomwaffen zur Verfügung, üben Bundeswehr-Piloten den Einsatz von Atomwaffen. Jede dieser Atomwaffen hat ein Vielfaches der Zerstörungskraft der Atomsprengsätze, die Hiroshima und Nagasaki zerstörten.

„Lasst uns alle die Besen schwingen und die letzten Atomwaffen aus Deutschland symbolisch in die Tonne kehren“ ist das Motto der Kampagne „unsere zukunft – atomwaffenfrei“, die von 48 Organisationen aus allen Teilen Deutschlands getragen wird. „Dies ist die bisher größte Protestaktion am Atomwaffenstützpunkt Büchel und ein großartiger Erfolg für die Friedensbewegung“, sagte Sven Hessmann als Sprecher der Kampagne. Verschiedene RednerInnen entlarvten insbesondere die Doppelzüngigkeit der Regierenden, von anderen den Verzicht auf Atomwaffen zu verlangen, selbst aber weiterhin auf atomare Abschreckung zu setzen. Ein Abzug sei ein erster wichtiger Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt, dem freilich weitere Schritte folgen müssten: Der komplette Ausstieg Deutschlands aus der „nuklearen Teilhabe“ und keine Zurverfügungstellung von Kampfbombern und Soldaten der Bundeswehr für den Einsatz von Atomwaffen.

Foto: Jürgen Grässlin

Bereits um kurz vor 8 Uhr waren 16 RadsportlerInnen der Pacemakers gestartet, um das Militärgelände in einer großen Schleife siebenmal zu umfahren. Sie trugen mit ihrem kräftigen Pedaleinsatz die Botschaft der AtomwaffengegnerInnen in alle umliegenden Orte, um nach der siebten Umrundung und 180 gefahrenen Kilometern mit riesigem Beifall auf der Hauptbühne während der zentralen Kundgebung empfangen zu werden.

Ein Work- und Aktionscamp bildete vom 16. August bis zum 3. September die Basis der Organisation. Der einzige Bio-Obstbauer der Region hatte zwei seiner großen Wiesen für etwa 600 TeilnehmerInnen etwa zwei Kilometer vom Haupttor entfernt zur Verfügung gestellt.

Obwohl das Innenministerium ein Riesenaufgebot der Polizei rund um Büchel aus dem gesamten Bundesgebiet konzentrierte und nicht zum ersten Mal der Bürgerkriegs-Ernstfall im Schulterschluss mit der Generalität geprobt wurde, gelang es drei belgischen Friedensaktivisten, über den Zaun zu klettern. Ihre Aktion, die militärische Grenze zivilgesellschaftlich zu überschreiten, verstand sich im Zusammenhang mit gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams in enger Abstimmung zwischen allen beteiligten Organisationen. Auch Angie Zelter, Trägerin des alternativen Nobelpreises, beteiligte sich an Aktionen zivilen Ungehorsams vor dem Haupttor des „Fliegerhorstes“. Neben den drei belgischen Demonstranten nahm die Polizei sieben weitere Personen in Gewahrsam, die es am Tor zwei wagten, Flugblätter an die Feldjäger der Bundeswehr zu verteilen.

Auf der Abschlusskundgebung vor dem Haupttor brachten u.a. Horst-Eberhard Richter und Barbara Rütting sowie mehrere internationale Gäste ihren antimilitaristischen Protest und ihre Solidarität mit der Friedensbewegung zum Ausdruck. Richter nannte es „ungeheuerlich“, dass die Bundesregierung nach wie vor den eindeutigen Mehrheitswillen der Bevölkerung ignoriert. Jürgen Rose, Oberstleutnant und Sprecher des „Darmstädter Signals“ forderte die Soldaten auf, ihr Gewissen zu prüfen und mögliche Befehle zum Einsatz der Atomwaffen zu verweigern.

Auf dem Benefizkonzert präsentierten zahlreiche KünstlerInnen aus verschiedenen Musikrichtungen ihren friedenspolitischen Willen mit dem Höhe-

punkt des abschließenden Auftritts von Nina Hagen. Die bekannte Rocksängerin bezeichnete die Aktionen als „riesengroßes Signal“: „Es geht darum, ein atomares Wettrüsten in ein Friedensrennen umzuwandeln.“

Dem unermüdlichen und fast einjährigen Engagement des bestens von Uli Wohland und Annett Gnass von der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden moderierten Kampagnenrats „unsere zukunft – atomwaffenfrei“ sowie Mitgliedern der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen und des regionalen Initiativkreises gegen Atomwaffen war es zu verdanken, dass am 30. August die größte Aktion stattgefunden hat, die jemals in Büchel organisiert wurde. Viele Initiativen aus Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz folgten der Bitte des Kampagnenrats und organisierten insgesamt 24 Busse (!) in die entlegene Eifel. Mehr als einhundert Einzelpersonen und Organisationen unterzeichneten einen Aufruf zur Beteiligung an der Demo in Büchel, der zum Hiroshimatag am 6. August als Anzeige in der „taz“ veröffentlicht wurde. Die DFG-VK war mit vielen Aktiven sowohl in der Vorbereitung als auch am 30. August beteiligt. Insbesondere Joachim Schramm als Landesgeschäftsführer von NRW und Roland Blach als Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg taten sich dabei besonders hervor.

Mit den Camps und Aktionen im Vorfeld haben dadurch die größten und vielfältigsten Aktionen in Deutschland gegen Atomwaffen stattgefunden, die es seit Ende des Kalten Krieges gab: 14 Tage Aktion mit wohl annähernd 3.000 Beteiligten!

Der sehr professionellen Kampagnenarbeit ist es zu verdanken, dass es eine überaus umfangreiche Medienberichterstattung gab. Täglich berichtete die „Rhein-Zeitung“ in der Lokal- und überregionalen Ausgabe bereits während des Camps und der Umrundungen. Am 30. August und in den Folgetagen berichteten dann mehrere Dutzend überregionale und regionale Zeitungen, alle großen Fernsehanstalten sowie etliche Lokalsender und die regionalen Hörfunksender von den Protesten. Zusätzlich sind professionelle Filmaufnahmen aus dem Umfeld des Kampagnenrats sowie einige persönliche Videos entstanden. Die meisten Berichte, viele Fotos und viele weitere Informationen sind einsehbar unter *www.atomwaffen-frei.de* sowie *www.graswurzel.tv*

Udo Paulus ist regelmäßiger Teilnehmer der Pacemakers-Radmarathons, Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbads Baden-Württemberg. ZC

Petition für ein atomwaffenfreies Deutschland

In Ergänzung der Aktionen in Büchel haben Friedensgruppen, darunter die DFG-VK, und die Jugendverbände verschiedener Parteien Ende Juli gemeinsam eine Petition für eine atomwaffenfreie Zukunft auf den Weg gebracht.

Die Bundestagsabgeordneten werden darin aufgefordert, „sich nachdrücklich für den Abzug der im rheinland-pfälzischen Büchel stationierten Atomwaffen sowie für den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Als ersten Schritt hierfür soll der Bundestag über die hierzu bereits vorliegenden Anträge in diesem Sinne abstimmen.“

Die Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, „die deutschen nuklearen Abrüstungsschritte im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages öffentlich zu machen, indem der Bundesverteidigungsminister bei der Vorbereitungskonferenz 2009 bekannt gibt, dass er die Bundeswehrsoldaten vom Dienst an der nuklearen Teilhabe befreit hat und dass die atomwaffenfähigen Trägersysteme der Bundeswehr bis 2010 abgerüstet werden. Bei der Überprüfungskonferenz 2010 soll der Außenminister oder der Kanzler bekannt geben, dass Deutschland atomwaffenfrei ist.“

Die Petition soll die politischen Entscheidungsträger auffordern und ermutigen, ihren Worten Taten folgen zu lassen, denn dem Bundestag liegen bereits vier entsprechende Anträge zur Entscheidung vor. Zugleich soll die Petition dem Willen der Mehrheit der Bundesbürger Ausdruck verleihen, denn einer von den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) Anfang Juli in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage zufolge fordert eine große Mehrheit der Bundesbürger ein atomwaffenfreies Deutschland: 89 Prozent der Bundesbürger stimmten der Aussage zu, dass Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtswidrige Waffen seien, die weder produziert noch gehortet werden dürften. 84 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Bundesregierung dafür sorgen sollte, dass die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen umgehend beseitigt werden sollten und 89 Prozent der Bürger schlossen sich der Meinung an, dass die Atommächte zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt schnellstmöglich mit der Verschrottung der eigenen Atomwaffen vorangehen sollten.

Damit die Petition auch tatsächlich politischen Druck ausüben kann, sollen möglichst viele UnterstützerInnen gefunden werden, weshalb jede einzelne Unterschrift sehr wichtig ist! Die Petition liegt dieser **Zivilcourage** bei und kann online auf der DFG-VK-Homepage *(www.dfg-vk.de)* und der Homepage der Jusos *(www.abruestung-jetzt.jusos.de)* unterzeichnet werden. Ende November soll sie dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben werden.

Zu den bislang mehr als tausend Unterstützerinnen und Unterstützern gehören auch der Literaturnobelpreisträger Günter Grass, die Musiker Nina Hagen, Wolfgang Niedecken und Konstantin Wecker sowie die Schriftsteller Roger Willemsen, Renan Demirkan und Gudrun Pausewang.

Hermann Theisen

Truppen raus aus Afghanistan

Demonstrationen am 20. September in Berlin und Stuttgart/Von Roland Blach und Monty Schädel

„Wir befinden uns in Afghanistan im Krieg". Deutliche und klare Worte, die Bernhard Gertz, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, Mitte September ausgesprochen hatte. Damit redet er im Gegensatz zu Verteidigungsminister Jung und den meisten Bundestagsabgeordneten Klartext. Die Zahl der Toten steigt auf allen Seiten, und das angebliche Ziel des Wiederaufbaus wird immer weiter in den Hintergrund gedrängt.

Grund genug, dem Frieden eine Chance und Stimme zu geben: Eine bundesweite Demonstration in Stuttgart und Berlin hat am 20. September „Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan" gesagt. Auf diese beiden Orte hatte sich die Friedensbewegung Anfang Juni verständigt. Zwei gut gewählte Orte, waren es doch auch Stuttgart und Berlin, wo am 13. Oktober 2001 bereits mehrere Zehntausend Menschen gegen den Beginn des Afghanistankrieges demonstrierten. Aufgerufen hatten mehrere Hundert unterschiedliche Gruppen – Friedensorganisationen und -initiativen, Parteien, kirchliche und soziale Vereinigungen sowie Einzelpersonen.

Foto: Gottfried Müller

Berlin: Ca 4.000 Menschen fanden sich am 20. September auf dem Berliner Platz des 18. März am Brandenburger Tor ein und wollten so ihre Forderung „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!" vor der Entscheidung des Bundestages im Oktober auf der Straße formulieren. Wenn auch weniger Menschen als vor einem Jahr dem Aufruf in Berlin gefolgt waren, so war doch deutlich, dass die Zusammensetzung der Demonstration breiter und bunter war.

In seiner Auftaktrede ließ Reiner Braun als Sprecher der Kooperation für den Frieden die Afghanistan- kampagne kurz Revue passieren und verwies auf Erfolge bei der öffentlichen Diskussion. Die Unterstützung des Berliner Protestes mit dem zur gleichen Zeit stattfindenden Protest gegen den so genannten „Antiislamisierungskongress" europäischer Rechtsextremisten in Köln brachte die Autorin Sabine Schiffer zum Ausdruck.

Solidaritätsbekundungen gab es auch für die inhaftierten Berliner Antimilitaristen, gegen die seit Monaten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wurde und deren Prozess am 25. Oktober vor der Strafkammer in Berlin begann. Ihnen wird vorgeworfen, Bundeswehrfahrzeuge in Brand gesteckt zu haben. Polizei und Staatsanwaltschaften nutzen die Anklagen seit einem Jahr für Überwachungen und die Ausforschung antimilitaristischer Zusammenhänge. Um Öffentlichkeit hierfür zu erzeugen, wurden auf den Demonstrationen in Berlin und Stuttgart Panzerattrappen angezündet.

Die US-Amerikanerin Medea Benjamin von der Friedensorganisation *Codepink* berief sich auf dem Gendarmenmarkt auf das Zusammengehen der internationalen Bewegung gegen den Krieg. Afghanistan sei kein guter Krieg: In den sieben Jahren des Krieges seien viel mehr afghanische Zivilisten getötet worden als im New York des 9/11.

Matin Baraki überzeugte mit seinen Ausführungen zur Situation in Afghanistan, die, soll sie verbessert werden, einen sofortigen Abzug der Besatzungstruppen notwendig macht. Er verwies auf die Diskrepanz der Ausgaben für die militärischen Kämpfe und den zivilen Aufbau nicht nur bei der Bundesregierung.

Stuttgart: Etwa 5.000 Menschen zogen friedlich vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt bis zum Schlossplatz. Damit wurden die Erwartungen des Friedensnetzes Baden-Württemberg, des Veranstalters der Demo, voll erfüllt. Hinter dem Fronttransparent mit dem Motto der Demonstrationen „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan" scharten sich unübersehbar mehrere Dutzend DFG-VK-Mitglieder mit den blauen Fahnen unseres Verbands. Es zahlte sich aus, dass die DFG-VK in der Vorbereitung und Mobilisierung einen wesentlichen Anteil hatte.

Zu den Rednern zählten neben dem desertierten Irak-Veteran Chris Capps Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisierung, der ehemalige Generalsekretär von Pax Christi, Reinhard Voss, auch Bernhard Riexinger, Geschäftsführer von ver.di-Stuttgart. Er bezeichnete den Auslandseinsatz der Bundeswehr als gescheitert: „Der Terrorismus ist nicht eingedämmt, sondern die Taliban sind gestärkt."

Dieter Lachenmayer vom baden-württembergischen Friedensnetz ergänzte: „Alle unsere Befürchtungen sind sieben Jahre nach unserer ersten Demo gegen den Krieg leider wahr geworden." Außerdem sei ein kriegsgeschichtsträchtiges Land wie Deutschland der Welt keine Soldaten mehr schuldig: „Obwohl wir auf unsere Fahnen Frieden geschrieben haben, mischen wir mittlerweile wieder aktiv und fleißig an einem grausamen Krieg mit".

In Afghanistan herrsche Terror, die Bevölkerung sterbe an Hunger und es gebe keine Meinungsfreiheit mehr, sagte die afghanische Frauenrechtlerin Zoya von den Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) auf der Abschlusskundgebung: „Die alliierten Truppen haben die bestehenden demokratischen Gruppen ignoriert, anstatt sie zu unterstützen".

Die Verstärkung der Einsatzkräfte, wie sie auch von US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama gefordert wird, sei nutzlos und werde keine positiven

Veränderungen bringen. Für Ihre mutige und riskante Arbeit hat RAWA zahlreiche internationale Auszeichnungen erhalten, darunter den Ehrendoktortitel der Universität Antwerpen, Belgien (2002) sowie den Mona-Lisa-Frauenpreis des ZDF (2001).

Foto: Uli Wellhöfer

DFG-VK-Aktive mit Fahnen bei der Stuttgarter Demonstration

Ausblick: Mit den Demonstrationen in Stuttgart und Berlin hat die Friedensbewegung erneut ein Zeichen gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr und deren regelmäßige Absegnung durch die Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten gesetzt. Auch mit einer Vielzahl an Aktionen und Veranstaltungen haben Aktive der DFG-VK und anderer Organisationen im Vorfeld der Demonstrationen die Bundeswehr-Kriegseinsätze im Allgemeinen und in Afghanistan im Besonderen thematisiert, sich mit Hintergründen und Zusammenhängen auseinandergesetzt, die Öffentlichkeit informiert und sensibilisiert. Konstant sagen Umfragewerte, dass die große Mehrheit der Bevölkerung einen Abzug der Truppen aus Afghanistan fordert.

Die Bundesregierung und der Bundestag sind so auch weiterhin in der Situation, dass sie nicht nur gegen wenige „Spinner aus der Friedensbewegung“ streiten, sondern sich in weiten Teilen der Bevölkerung rechtfertigen müssen. Bisher reichte dieser Umstand noch nicht dazu, dass eine Mehrheit im Bundestag sich eher an den Maßstäben von Frieden und Menschlichkeit orientiert, sondern immer noch an den Vorgaben aus den Fraktionsspitzen und Parteizentralen. Doch auch unseren Aktivitäten ist es zuzurechnen, dass die Diskussionen in den Bundestagsfraktionen wie auch der Öffentlichkeit intensiver wurden. Eingeständnisse und Verlautbarungen über das unnütze Mittel Krieg zur „Bekämpfung des Terrors“ werden mittlerweile auch von Medien verbreitet, die vor einigen Jahren noch dem Krieg huldigten. Das ist noch kein Widerstand gegen den Krieg aus der Mitte der Gesellschaft, doch es ist ein Fundament, auf dem wir aufbauen können und müssen.

Die überschaubare Beteiligung an beiden Demonstrationen machten diese Stimmungen in der Gesellschaft jedoch nicht deutlich. Trotz (oder wegen) der täglichen Berichterstattung über den Krieg in Afghanistan ist der Krieg für viele noch zu weit entfernt, als dass sie sich zu einer Demonstration motiviert und mobilisiert fühlten. Der bestehende Zusammenhang zwischen der Kriegs- und Rüstungspolitik und dem Abbau von sozialen und Grundrechten konnte auch in diesem Jahr nicht deutlich gemacht werden und so keine mobilisierende Wirkung entfachen. Es bleibt die Frage zu klären – und aus der Antwort Schlüsse zu ziehen –, warum wenige Wochen nach den Demonstrationen der Friedensbewegung 50.000 Menschen in Berlin gegen Vorratsdatenspeicherung, Überwachung und Bundeswehreinsätze im Inneren demonstrierten. Wer demonstriert hier getrennt von den anderen und warum? Weshalb war die Friedensbewegung (in ihrer gesamten Vielfalt) unter den 50.000 Menschen eher nicht vertreten?

Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sollte für uns auch weiterhin die erste Forderung zur Beendigung des Krieges sein. Denn mit dem Abzug wird der Weg für eine Ordnung in Afghanistan frei, die durch die dort lebenden Menschen gestaltet wird. Unsere Anstrengungen dazu müssen wir wohl auch im kommenden Jahr weiter verstärken. Um unsere Kräfte dabei aber nicht zu verschleißen, sollte auf die Verbindung mit unseren anderenThemen geachtet werden. Vielleicht ist es dann auch möglich, dass andere, verbundene Themen auf den Friedensdemonstrationen eine angemessene Aufmerksamkeit bekommen und TeilnehmerInnen mobilisieren.

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Monty Schädel ist DFG-VK-Bundesgeschäftsführer. ZC

Ja- und Nein-Sager im Bundestag

Der Bundestag hat am 16. Oktober über den Antrag der Regierung, das (Isaf-)Mandat der Bundeswehr für den Afghanistan-Einsatz um 14 Monate zu verlängern, so abgestimmt:
Ja: 442; Nein: 96; Enthaltungen: 32. *(Dem Bundestag gehören 612 Abgeordnete mit dieser Verteilung an: CDU/CSU 223, SPD 222, FDP 61, DIE LINKE 53, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 51, fraktionslos 2)*

Mit *Nein* haben gestimmt:

CDU/CSU: Wolfgang Börnsen, Herbert Frankenhauser, Peter Gauweiler, Norbert Schindler, Willy Wimmer

SPD: Dr. Lale Akgün, Gregor Amann, Ingrid Arndt-Brauer, Klaus Barthel, Axel Berg, Clemens Bollen, Marco Bülow, Peter Danckert, Renate Gradistanac, Reinhold Hemker, Petra Hinz, Ernst Kranz, Jürgen Kucharczyk, Helga Lopez, Lothar Mark, Sönke Rix, Margrit Spielmann, Rainer Tabillion, Wolfgang Wodarg, Waltraud Wolff

FDP: Uwe Barth, Edmund Peter Geisen, Joachim Günther, Heinz-Peter Haustein, Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin

DIE LINKE: Hüseyin-Kenan Aydin, Dietmar Bartsch, Karin Binder, Lothar Bisky, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Martina Bunge, Roland Claus, Sevim Dagdelen, Diether Dehm, Werner Dreibus, Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Diana Golze, Gregor Gysi, Heike Hänsel, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Cornelia Hirsch, Inge Höger, Barbara Höll, Ulla Jelpke, Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Monika Knoche, Jan Korte, Katrin Kunert, Oskar Lafontaine, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Gesine Lötzsch, Ulrich Maurer, Dorothée Menzner, Kornelia Möller, Kersten Naumann, Wolfgang Neskovic, Norman Paech, Petra Pau, Bodo Ramelow, Elke Reinke, Paul Schäfer, Volker Schneider, Herbert Schui, Ilja Seifert, Petra Sitte, Frank Spieth, Kirsten Tackmann, Axel Troost, Alexander Ulrich, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Anton Hofreiter, Ute Koczy, Sylvia Kotting-Uhl, Markus Kurth, Monika Lazar, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Hans-Christian Ströbele, Harald Terpe

Fraktionslos: Henry Nitzsche, Gert Winkelmeier

Sich *Enthalten* haben:

CDU/CSU: Peter Albach, Wolf Bauer, Renate Blank, Manfred Kolbe

SPD: Iris Hoffmann, Christian Kleiminger, Dirk Manzewski, Wilhelm Priesmeier, Wolfgang Spanier

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Volker Beck, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Britta Haßelmann, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Renate Künast, Undine Kurth, Jerzy Montag, Kerstin Müller, Winfried Nachtwei, Brigitte Pothmer, Claudia Roth, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Grietje Staffelt, Rainder Steenblock, Silke Stokar von Neuforn, Jürgen Trittin, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler

Pro

Erlaubte oder mensche

Anfang September schlugen die Wellen der Empörung hoch: Auf ein fünf Jahre altes Plakat „Schritt zur Abrüstung“ des Berliner „Büros für antimilitaristische Maßnahmen“ (BamM) wurde in rechtsextremen Internetforen hingewiesen, die Springer-Zeitungen „Welt“ und „Bild“ griffen den Hinweis auf und berichteten, und Friedensminister Jung, Wehrbeauftragter Robbe und andere Kriegsbefürworter empörten sich.

Was hat das mit der DFG-VK zu tun? BamM hat mit dem berlin-brandenburgischen DFG-VK-Landesverband eine gemeinsame Internet-Homepage, auf der das Plakat gezeigt und angeboten wurde. Einige BamM-AktivistInnen sind DFG-VK-Mitglied. DFG-VK-Gruppen haben sich – kontrovers – zu dem Plakat geäußert, einzelne Mitglieder haben in Leserbriefen öffentlich Stellung bezogen. Der DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg hat nach Erscheinen der ersten Zeitungsbericht am 3. September unter der Überschrift „Nazis äußern Morddrohungen gegen Berliner AntimilitaristInnen“ eine Preeseerklärung veröffentlicht. Am nächsten Tag hat der

Jahraus, jahrein gehen die AktivistInnen des „Büros für antimilitaristische Maßnahmen“ (BamM) Plakate kleben, verteilen Flugblätter, organisieren Veranstaltungen. Normalerweise erreicht diese Aufklärung nur einen relativ kleinen Kreis. Normalerweise. Denn nun hat BamM ein Millionenpublikum frei Haus geliefert bekommen: Bei der Springer-Presse („Bild“ und „Welt“), Kriegsbefürwortern und Neonazis schlagen die Wellen der Empörung hoch über ein Plakat der Gruppe, das bereits 5 Jahre alt ist und schon mehrfach veröffentlicht wurde. In Zeiten aber, in denen immer mehr deutsche Soldaten den Weg aus Afghanistan zurück im Sarg antreten, wird es zum Politikum, und Kriegsgegner geraten in die Schusslinie der Kriegspropagandisten.

Der DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg möchte es als satirische Provokation verstanden wissen, die darauf aufmerksam machen will, dass Soldaten nicht nur töten, sondern auch selber sterben können. Über Satire lässt sich bekanntlich vortrefflich streiten, das aber ist nicht das Interesse der rechten Kampagne. Das Plakat wird instrumentalisiert.

Scheinbar angeregt durch einem Artikel von Ansgar Graw in der „Welt“ vom 1. September reagieren Neonazis mit Schaum vor dem Mund („Verfasser aus dem Leben bomben“, „entsorgen“ etc.), die Rechtsaußen-Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und die „Bild“-Zeitung echauffieren sich.

Und wer ist dieser Ansgar Graw, der in der „Welt“ die Friedensaktivistinnen und -aktivisten für „scheinheilig“ hält? Graw war bereits als Student in rechtsextremen Verbindungen aktiv, später betätigte er sich in diversen rechten Publikationen und Denkzirkeln und war stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen.

Der Generalsekretär der CDU, Pofalla, spricht von „einer Schande“, dass so etwas „in der Heimat“ geschehen könne, während deutsche Soldaten in Afghanistan „Tag für Tag ihr Leben einsetzen“. Er verortet „die Schuldigen“ bei der Linksfraktion, um damit sein eigenes politisches Süppchen zu „kochen“.

Das sind also die Leute, die sich über ein Plakat „empören“. Haben sie sich schon einmal über Angriffskriege empört, an denen die Bundeswehr beteiligt war (und ist)? Haben sie sich schon einmal über Massaker an der Zivilbevölkerung empört, für die deutsche „Tornados“ die „Aufklärung“ liefern? Über Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten? Ist das auch „widerlich“ („Bild“)? Haben sie sich lautstark empört, als bekannt wurde, dass afghanische Kinder mit Äpfeln zur „Endkontrolle“ in geräumte Minenfelder gelockt wurden? Oder über die Ermordung von Frauen und Kindern durch Bundeswehrsoldaten? Natürlich nicht. So etwas nennen „eingebettete“ Journalisten wie Ansgar Graw einen „Zwischenfall“

Ein toter deutscher Soldat wird bei ihm hingegen zu einem „leidenschaftlichen Soldaten“ der einem „feigen und hinterhältigen Anschlag“ zum „Opfer“ (!) fiel. In pathetischer Glorifizierung scheut Graw da auch nicht vor einem Jesus-Vergleich zurück. Die Heroisierung deutscher Soldaten (und ihres Todes) hat hierzulande eine lange Tradition.

Carl von Ossietzky beispielsweise wurde 1915 wegen „öffentlicher Beleidigung“ (der Militärjustiz) angeklagt und verurteilt.

Auch heute ist, wer Soldaten „verhöhnt“ (CDU-Pofalla), nach Lesart von Kriegsbefürwortern „eklig“ und „widerlich“. Scheinheiligkeit? Wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, zeigen bekanntlich drei Finger auf einen selbst zurück.

„Menschenverachtend“? Die Trauer der Angehörigen missachtend? Haben diese ihre Lieben daran gehindert, in den Krieg zu ziehen, um zu töten oder getötet zu werden? Und haben sie sich einen Kriegsminister an den Gräbern ihrer Toten verbeten, der dort eine militaristische Show abzog und Durchhalteparolen verkündete? Wer also hat das Töten und Sterben von Soldaten instrumentalisiert?

Und, frei nach Brecht: Was ist schon die Beleidigung von Soldaten gegen die Rekrutierung von solchen?

Kriegsminister Jung nennt das BamM-Plakat hochtrabend „Schlag ins Gesicht unserer Soldaten, die ihr Leben für die Freiheit Deutschlands einsetzen.“ Für die Freiheit Deutschlands? Wohl eher für 90 Euro Zusatzsold pro Tag.

Diese Kriege werden für „Ressourcen“ und die „Sicherung ihrer Transportwege“ geführt, für die Profite einiger Konzerne und geostrategische Machtinteressen. Wohlgemerkt: Eines der juristischen Merkmale für Mord sind „niedere Beweggründe“.

Und wie schon erwähnt: Zur millionenfachen Verbreitung dieser „Verhöhnung“ haben die Kriegstreiber selbst alles Nötige getan. Wie geschmacklos!

Harald Schulze arbeitet seit vielen Jahren in der Friedensbewegung und ist freier Journalist in Berlin. ZC

& Contra

nverachtende Satire?

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis eine Erklärung abgegeben mit dem Titel „Der Zynismus des Plakates ist für uns schwer erträglich. Unser humanistisches Weltbild verbietet uns die Genugtuung über den Tod eines jeden Menschen – auch in Form einer satirischen Darstellung."

Eine Thema also für die DFG-VK, das wir hier „Pro & Contra" darstellen mit Beiträgen von Harald Schulze und Kathrin Vogler.

Die Presseerklärung des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg ist im Internet abrufbar unter www.bamm.de/presse/Nazi_Morddrohungen.pdf, die Erklärung des BundessprecherInnenkreises unter https://www.dfg-vk.de/aktuelles/dfg-vk-neuigkeiten/2008/228. Ein ausführlicher Artikel von Stefan Philipp ist unter der Überschrift „Was Satire erreichen kann" in der aktuellen Ausgabe der von der DFG-VK mitherausgegebenen Zeitschrift „Forum Pazifismus" erschienen; er ist im Internet abrufbar unter www.forum-pazifismus.de/Download-Archiv/FP-19-0308-PLAKAT-Berlin.PDF.

Politik braucht Provokation. Zumal in einer medialen Welt, in der Information und Meinung kaum noch wahrgenommen werden, wenn sie nicht marktschreierisch daher kommen. Satire und schwarzer Humor können wirkungsvolle Mittel sein, um als Minderheit ohne große Medienmacht Gehör zu finden. Unvergesslich bleibt zum Beispiel eine Aktion der Internationale der Kriegsdienstgegner gegen den Vietnamkrieg, die als Protestaktion die öffentliche Verbrennung eines lebenden Hundes ankündigte. Den daraufhin erwartungsgemäß losbrechenden Sturm der Empörung konterten die PazifistInnen mit der Erklärung, man habe nie vorgehabt, das Tier zu verletzen, aber man sei doch befremdet, dass der angekündigte Tod eines Hundes so viel mehr öffentliche Entrüstung hervorriefe als das tatsächlich stattfindende tägliche Verbrennen lebendiger Menschen in Vietnam.

Der scheinbar ferne Krieg in Afghanistan bringt wenig, zu wenig öffentliche Empörung, Protest und Widerstand hervor. Dort sterben täglich Menschen, auch in den von der Bundeswehr kontrollierten Besatzungszonen. Was die Bundeswehr in Afghanistan tut, ist eben keine „Friedensmission", sondern ein postkolonialer Krieg um Einfluss und Herrschaft. Dies kann man nicht oft genug und nicht deutlich genug sagen.

An der „Heimatfront" regieren jedoch Beschwichtigung und Schönrederei, in einem Maße, dass selbst der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes dagegen aufbegehrt: Man solle, so fordert Oberst Gertz von seinen AuftraggeberInnen in Bundestag und Regierung, doch bitte einen im Krieg gefallenen Soldaten auch so benennen und nicht so tun, als sei er bei einem Unfall „zu Tode gekommen". Die Verharmlosung ist gezielte Strategie: Dieser Krieg heißt „Friedensmission", die Opfer „kommen zu Tode". Dieser Umgang mit Menschenleben ist mehr als zynisch und kann von uns PazifistInnen gar nicht scharf genug kritisiert werden.

Dennoch empfand ich das Plakat mit dem schwarz-rot-golden verhüllten Sarg und dem Spruch „Schritt zur Abrüstung – wieder einer weniger" nicht nur ungeeignet, sondern der Aufklärung und Mobilisierung gegen den Krieg eher abträglich. Warum?

Der Zynismus in diesem Plakat ist für mich schwer erträglich. Ich stelle mir vor, es wäre mein Bruder oder meine Schwester in diesem Sarg. Wie würde ich dann fühlen? Selbst wenn die Politik der Bundesregierung in Sachen Afghanistan an Zynismus kaum zu überbieten ist – wir sollten nicht versuchen, auf diesem Feld mit ihr zu konkurrieren!

Politische Satire hat für mich ihre Grenzen da, wo sie die Menschenwürde verletzt. Anders als die „Hundeverbrennung" der Internationale der Kriegsdienstgegner, die auch die Grenzen des guten Geschmacks ausgereizt hat, geht dieses Plakat für mich den einen, entscheidenden Schritt zu weit: Hier wird menschliches Leid für politische Zwecke instrumentalisiert. Passt das in die Außendarstellung einer pazifistischen Organisation?

Das Plakat ist aus meiner Sicht daneben – denn es trifft nicht auf diejenigen, die den Kriegseinsatz der Bundeswehr zu verantworten haben, sondern die Soldatinnen und Soldaten. In der Öffentlichkeit führt das Plakat deshalb zu einem Solidarisierungseffekt mit der Bundeswehr. Wollen wir das?

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt diesen Krieg und die Beteiligung der Bundeswehr daran ab. Das Plakat trägt nach meiner Erfahrung nicht dazu bei, diese Position für uns auszubauen. Wir konnten sehr deutlich erleben, wie die Springer-Presse und andere die Geschichte ausgeschlachtet haben. Die mediale „Entdeckung" dieses fünf Jahre alten Plakats kam rein zufällig für die KriegsbefürworterInnen zu einem sehr gelegenen Zeitpunkt: gerade als Meldungen über tote Soldaten, zivile Opfer der Bundeswehr und kritische Stimmen zu einer brisanten Mischung zu kulminieren begannen. Wem nutzte es in dieser Situation?

Wo wir gerade beim Zeitfaktor sind: So richtig und notwendig ich inhaltlich die Distanzierung des Bundessprecherkreises von dem Plakat fand, so wenig gelungen war der Zeitpunkt dafür. Weder kam sie vor fünf Jahren, als das Plakat erstmals erschien, noch unmittelbar nach der Pressemitteilung des Landesverbands Berlin-Brandenburg, die erneut darauf hinwies. Erst nachdem die bürgerliche Presse skandalisierend berichtete, äußerte sich die DFG-VK. Im Schwäbischen würde man sagen: Das hat ein G'schmäckle.

Auch wenn mir das Plakat nicht gefällt und ich es lieber nicht auf einer Website der DFG-VK sehen möchte, müssen wir einander gegen Angriffe auf unsere Meinungsfreiheit verteidigen; ebenso, wie wir Anfang der neunziger Jahre erfolgreich gemeinsam darum gekämpft haben, weiterhin Tucholsky zitieren zu dürfen, wenn er sagt: „Mord – sagte ich Mord? Soldaten sind Mörder!"

Kathrin Vogler ist Referentin für Pazifismus und Militärkritik beim Bund für Soziale Verteidigung (BSV) in Minden und war von 1995 bis 2001 Bundessprecherin der DFG-VK.

ZC

Kritik an der Kriegspolitik stößt auf

Wie die DFG-VK DIE LINKE diskreditieren soll/Von Monty Schädel

Nach den in der Öffentlichkeit, der Friedensbewegung und auch der DFG-VK geführten Diskussionen um das Plakat des Berliner Büros für antimilitaristische Maßnahmen will die hessische CDU mit einem Entschließungsantrag im Landtag jetzt nachlegen. Um die Regierungsbildung von SPD und Grünen unter der Tolerierung der LINKEN zu beeinträchtigen (und vielleicht auch noch zu verhindern) soll einerseits das vom DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg verteidigte Plakat „Schritt zur Abrüstung“ und andererseits die DFG-VK-Mitgliedschaft des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden Willi van Ooyen dafür herhalten.

Dabei ist das Mittel so simpel wie es die Parteienpolitik in der Bundesrepublik insgesamt geworden ist. Mit unbegründeten, aber in die Welt gesetzten Verdächtigungen und Konstruktionen geht es vor allem darum, den politischen Gegner schlecht aussehen zu lassen, um sich dann daran zu weiden und mangels eigener Inhalte und Größe selbst darzustellen. Trotz aller Kritik an dem Plakat wird sich die DFG-VK deshalb nicht für die parteipolitischen Ziele der CDU (oder anderer Parteien) missbrauchen lassen.

Die DFG-VK ist eine Organisation in der sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Auffassungen zusammengeschlossen haben, weil sie ihre Verantwortung für eine menschenwürdige Zukunft erkennen und ernst nehmen wollen. Wir können auf eine 116-jährige Geschichte verweisen, in der wir mit unserem Ziel einer Welt ohne Waffen und Kriege (leider) fast immer eine Minderheitenposition vertreten haben. Viele Teilziele konnten hier und da erreicht werden, sicher sind auch Fehler in solch einer langen Geschichten gemacht worden, doch das Gesamtziel habe wir dabei genauso wenig aus den Augen verloren wie die Überzeugung, für das richtige Ziel zu streiten. Viele Mitglieder haben darüber auch Kriminalisierung, Verfolgung oder gar den Tod erleiden müssen.

Wir werden deshalb auch jetzt nicht widerspruchslos die Kriminalisierung unserer Mitglieder oder unseres Verbandes hinnehmen. Es gilt eine Tradition zu verteidigen, auf die wir stolz sind und sein können.

Dass es der CDU weder vordergründig um die Vereinsmitgliedschaft einzelner Parlamentsmitglieder noch um die DFG-VK geht, wird aus der Begründung des Antrages deutlich. Denn sie empört sich darüber, dass die LINKE gemeinsam mit der DFG-VK (und anderen Friedensorganisationen) zu den Demonstration gegen den Krieg in Afghanistan am 20. September aufgerufen hat. Die Kritik am Krieg und besonders die deutsche Beteiligung daran – und damit auch an der CDU – stößt schwer auf. Nicht nur, dass sich die Friedensbewegung von Anfang zurecht gegen die deutsche Kriegs- und Großmachtspolitik stellte. Nach nun sieben Jahren Krieg mit deutscher Beteiligung ist immer noch keine Verbesserung in Sicht, und selbst frühere Kriegsbefürworter stellen das militärische Engagement in Frage. Es gibt zunehmend Opfer deutscher Soldaten und unter deutschen Soldaten, und selbst hochrangige Militärs bekennen, dass der Krieg nicht zu gewinnen ist. So etwas macht nervös. Die Propaganda der vergangenen Jahre bricht wie ein Kartenhaus zusammen.

Natürlich könnten wir auch die CDU dazu auffordern, sich von ihren nationalistischen Kampagnen (z.B. Staatsbürgerschaftsrecht), asozialen Forderungen (z.B. Hartz-Gesetze), kriminellen Mitglieder (z.B. Kanther), verfassungsfeindlichen Ideen (z.B. Bundeswehreinsatz im Innern), ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Kriegsverbrechern (z.B. Filbinger) oder menschenverachtenden Unterstützungen (z.B. Kriegseinsätze) zu distanzieren ... doch haben wir das nötig? Wenn für die aktuelle Debatte ein fünf Jahre altes Plakat genutzt werden muss, macht das nur die Gedächtnis- und Gedankenlosigkeit der CDU deutlich.

Abgesehen von dem offensichtlichen Grund der CDU, die LINKE im Landtag vorzuführen, macht der Antrag aber auch deutlich, dass wir auch für die CDU ein unangenehmer Kontrahent sind. Die Drohungen einer „verfassungsfeindlichen“ Einstufung sollte uns nicht entmutigen, sondern eher in unserer Arbeit bestärken. Ein Land, das weltweit in Kriege verstrickt ist und Grundrechte schleift, geht natürlich, solange der Schein gewahrt werden muss, noch mit „einfachen Überwachungsmethoden“ gegen politische Gegner vor.

Wenn Rechte also, egal ob Prügelnazis von der Straße oder aber in Nadelstreifen einer sich demokratisch nennenden Partei, Grundrechte schleifen, weltweite Kriege propagieren, Folter als legitimes Mittel der Verbrechensbekämpfung ansehen und jetzt auch im Innern Militär gegen die Bevölkerung einsetzen wollen, ist es nur folgerichtig, dass sie aus ihrer Sicht missliebige Strukturen auch mit geheimdienstlichen Maßnahmen überwachen. Denn nach der Verfassung, die sie haben wollen und nach der sie heute schon ungestraft handeln, sind demokratische Strukturen, gerade auch basisdemokratische wie die der DFG-VK, verfassungsfeindlich. Spätestens nach den gesetzwidrigen Durchsuchungen, Überwachungen und Bundeswehreinsätzen im Zusammenhang mit dem G8-Protest im letzten Jahr ist das deutlich geworden. Seien wir deshalb wachsam und solidarisch mit- und zueinander, denn auch heute gilt, wenn auch ggf. mit anderen Gruppen, der viel zitierte Ausspruch des früheren DFG-VK-Ehrenpräsidenten Martin Niemöller: „... als sie mich holten, war niemand mehr da, der protestieren konnte.“

Grundsätzlich bleibt nur die Frage: Warum können sich CDU-Mitglieder nicht hinter unserer Grundsatzerklärung finden und Mitglied der DFG-VK werden?

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken. – Eine Erklärung, die jeder, der dem Frieden das Wort redet, unterschreiben können müsste – oder?

Wir empfehlen es auch den Mitgliedern des hessischen Landtages: Friedlich denken allein andern nichts – werde Mitglied in der DFG-VK!

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK.

Vor der Landtagsentscheidung nahmen Monty Schädel und der hessische DFG-VK-Landesgeschäftsführer Gernot Lennert Kontakt zu den Fraktionen auf. Allen ParlamentarierInnen wurden Materialien der DFG-VK zugestellt und die Unterzeichnung der Grundsatzerklärung nahegelegt.

Homepage www.dfg-vk.de für Mitglieder erweitert

Spätestens mit den Diskussionen um das auf der Internetseite des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg veröffentlichte Plakat „Schritt zur Abrüstung“ wurde deutlich, dass es für die aktiven Mitglieder und Gliederungen nach dem Wegfall des bundesweiten *Brief an Euch* an einem Medium zur Diskussion und Information innerhalb der DFG-VK fehlt. Bei der Vielfalt der notwendigen Arbeit und der nur begrenzt vorhandenen personellen Ressourcen und Zeit ist es bisher trotz allem gutem Willen nicht möglich gewesen, einen Ersatz zu finden. Das Mitgliedermagazin **ZivilCourage** mit seinem zweimonatlichen Erscheinungsrhythmus und einer erweiterten Öffentlichkeit scheint für einen kurzfristigen Meinungsaustausch in unserer schnelllebigen Zeit nicht sonderlich geeignet. Massen-eMails genauso wenig. So war dann der Diskussionswunsch um das Plakat Anlass, um das lange schon geplante Mitgliederforum – wegen Unvollständigkeit und Zeitmangel – immer wieder verschoben, auf unserer Homepage unter www.dfg-vk.de einzurichten.

Hier sollen jetzt für alle DFG-VK-Mitglieder neben den Protokollen von Verbandsgremien auch Informationen aus den Tätigkeiten in Bündnissen oder anderen Friedensorganisationen zu finden sein.

Ebenso wurde, und das kann ggf. das Entscheidende sein, ein Diskussionsbereich geschaffen, in dem die DFG-VK- Mitglieder sich mit ihren Stimm(ung)en gegenüber dem Verband äußern können. Jeder kann nach seiner Registrierung und Anmeldung anderen Mitgliedern seine Meinung zu Entwicklungen und Entscheidungen von innerhalb und außerhalb des Verbandes mitteilen. Vorstände oder in Gremien und Bündnissen aktive DFG-VK-Mitglieder können so in die Lage versetzt werden, Meinungen nicht nur aus ihrem direkten Umfeld zur Kenntnis zu nehmen und ggf. darauf zu reagieren, sondern eben aus dem gesamten Verband.

Hier eine kurze Erklärung zum Einloggen in das Mitgliederforum:

Der Eingang ist auf der Startseite von *www.dfg-vk.de* zu finden. Da wir die Zugangsberechtigung nur Mitgliedern der DFG-VK und auf Anforderung erteilen wollen und nicht automatisch zuweisen, muss vor der Nutzung des Mitgliederforums eine Registrierung und ein Abgleich mit unserer Mitgliederdatei stattfinden. Dazu müssen sich Interessierte von der Starseite einloggen, ohne dass sie Eintragungen vornehmen, und von der dann erscheinenden Seite aus über „Klick hier, um dich zu registrieren“ oder „Registrieren“ zur Anmeldung kommen. Zunächst müssen die Nutzungsbedingungen akzeptiert werden, ehe weitere Daten abgefragt werden. Da wir die Prüfung an Hand der Mitgliederdaten vornehmen, muss der Benutzername der reale Name des Mitgliedes sein. Nach einer eMail-Adresse und einem selbst gewählten Passwort muss die zum Namen gehörende Mitgliedsnummer (siehe Adressaufkleber der **ZivilCourage**) eingetragen werden. Nach der Eingabe des Bestätigungscodes werden die Daten an uns zur Überprüfung geschickt und das Mitglied erhält innerhalb weniger Tage per eMail der Freischaltung. Ist eine Registrierung erfolgt, wird bereits auf der Startseite der Mitgliedsname und das Passwort eingegeben. Mit dem Einloggen wird man direkt ins Mitgliederforum geführt.

Monty Schädel

DFG-VK-Beitrittserklärung

Eintritt

Ich unterstütze die Grundsatzerklärung und werde Mitglied in der DFG-VK. Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten bei der DFG-VK gespeichert werden. Die DFG-VK sichert die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zu.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Straße und Hausnummer

Telefon

@

eMail

Datum und Unterschrift

Beitrag

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- ○ Förderbeitrag (Stufe 6) 24 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 5) 18 Euro
- ○ Förderbeitrag (Stufe 4) 12,50 Euro
- ○ Normalbeitrag (Stufe 3) 8 Euro
- ○ Ermäßigter Beitrag (Stufe 2) 4 Euro
- ○ Mindestbeitrag (Stufe 1) 1,50 Euro

Darüber hinaus spende ich monatlich ____ Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig ____ Euro.

Mein Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen):

- ○ vierteljährlich
- ○ halbjährlich
- ○ jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto:
Nummer 830004600
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500

DFG-VK

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

Warum ich in die DFG-VK eingetreten bin

Foto: Bündnis Bahn für alle

Eigentlich ist der Schritt eines Eintritts seit ein paar Jahrzehnten fällig: Ich habe 1969 – damals aus politischen Gründen und nach meiner „Wehrerfassung"! – den Kriegsdienst verweigert. Die Notstandsgesetze der großen Koalition unter Kiesinger/Brandt und der faschistische Putsch in Griechenland – die Umsetzung eines Nato-Plans – waren die Gründe. Die damals eingenommenen Positionen verteidige ich auch heute: Solidarität mit der Dritten Welt, auch mit Bewegungen, die gezwungen sind, mit Waffen für ihr Land und für eine andere Gesellschaft zu kämpfen. Für einen Pazifismus in den hoch entwickelten Industriestaaten, wo nur demokratische Massenaktionen den Kapitalismus beseitigen und die neue solidarische Gesellschaft schaffen können. Im übrigen arbeite ich seit vielen Jahren mit maßgeblichen Leuten der DFG-VK wie Jürgen Grässlin und Monty Schädel – u.a. im Rahmen der Herausgabe der „Zeitung gegen den Krieg – ZgK" – zusammen. Das alles musste nun mal Folgen haben – eben den Eintritt.

Winfried Wolf ist veranwortlich für die „Zeitung gegen den Krieg – ZgK", Chefredakeur von „Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie" und seit Oktober Mitgied der DFG-VK.

Austauschanzeige

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘
Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben

... im DFG-VK-Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der ZivilCourage enthalten.

Bitte Rückseite ausfüllen und im Fensterumschlag schicken an die

DFG-VK
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Die pazifistische Grundsatzerklärung
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK

Weitere Informationen über die **DFG-VK** im Internet unter www.DFG-VK.de